



BACHELORARBEIT

Frau
Manisha Thakur

**Das Grundrecht der
Pressefreiheit in Geschichte
und Gegenwart**

2016

BACHELORARBEIT

Das Grundrecht der Pressefreiheit in Geschichte und Gegenwart

Autor:
Frau Manisha Thakur

Studiengang:
Media Acting

Seminargruppe:
AM13wM5-B

Erstprüfer:
Professor Kurt-Ulrich Mayer

Zweitprüfer:
Dr.phil. Vazrik Bazil

Einreichung:
Frankfurt, 16.06.2016

BACHELOR THESIS

The fundamental right of the freedom of the press in history and present

author:
Ms. Manisha Thakur

course of studies:
Media Acting

seminar group:
AM13wM5-B

first examiner:
Professor Kurt-Ulrich Mayer

second examiner:
Dr.phil. Vazrik Bazil

submission:
Frankfurt, 16.06.2016

Bibliografische Angaben:

Thakur, Manisha:

Das Grundrecht der Pressefreiheit in Geschichte und Gegenwart

The freedom of the press in history and present

2016 - 50 Seiten

Mittweida, Hochschule Mittweida (FH), University of Applied Sciences,
Fakultät Medien, Bachelorarbeit, 2016

Abstract

Intention der Arbeit ist es, eine Übersicht darüber zu geben, wie sich die Berichterstattung von Journalisten heutzutage gestaltet. Insbesondere wird dabei auf die beiden Aspekte „Terrorismus“ und „Flüchtlingskrise“ im Zusammenhang mit der Berichterstattung eingegangen. Im Fokus des Forschungsinteresses steht dabei die Frage, inwiefern Medien derzeit noch frei berichten können. Die Arbeit bezieht sich dabei hauptsächlich auf Deutschland. Anhand der Analyse davon, wie der Nutzen solcher Berichterstattungen sich entfaltet, werden Problematiken sichtbar. Die Arbeit zeigt, dass das Thema Pressefreiheit sehr aktuell ist und in Zukunft auch weiterhin eine bedeutende und wichtige Rolle spielen wird.

Inhaltsverzeichnis

Abstract	V
Abkürzungsverzeichnis	VIII
Abbildungsverzeichnis	X
Tabellenverzeichnis	XI
1 Einleitung	1
1.1 Hinführung zur Thematik.....	
1.2 Die Fragestellung.....	
1.3 Methode und Aufbau.....	
2 Theoretische Grundlagen	3
2.1 Was bedeuten „Presse“ und „Pressefreiheit“?.....	
2.2 Rangliste Pressefreiheit weltweit 2016.....	
2.3 Aktuelle Schlagzeilen.....	
3 Pressefreiheit weltweit – ein kurzer Einblick	8
3.1 Länder in Europa	
3.2 Länder außerhalb Europas	
4 Pressefreiheit in Deutschland	13
4.1 Wiederaufbau der Presse nach 1945.....	
4.1.1 Das Pressewesen in der BRD bis 1989.....	
4.1.2 Die Presse in der Deutsch Demokratischen Republik.....	
4.1.3 Die Presse Ende 1989.....	
4.2 Die gegenwärtige Situation.....	
4.2.1 Grundrechte von Journalisten.....	
4.3 Relevante Themen und die Gleichschaltung von Medien.....	
4.3.1 Journalisten – sie manipulieren und sie lassen sich manipulieren	
4.3.2 Die Deutsche Presseagentur – eine Macht, die Medien und Meinung beherrscht- und Vereine, die gegen Manipulation arbeiten.....	
4.3.3 Aktuelle Fälle – Gefährdung der Pressefreiheit	
5 Terrorismus und Medien	28
5.1 Terrorismus – Versuch einer Definition.....	

5.1.1 Muslime unter Generalverdacht – Die Bedeutung von Bildern und Wörtern in der Berichterstattung.....	
5.1.2 Warum Medien über Terrorismus berichten- und für wen diese Berichterstattung von Nutzen ist.....	
5.1.3 Die Medien – eine Kommunikationsstrategie für Terroristen.....	
5.2 Terrorismus – eine Gefahr für die Pressefreiheit?.....	
6 Flüchtlinge und Medien	36
6.1 Als Wahrheit verkaufte Unwahrheiten.....	
6.1.1 Journalistenpreise.....	
6.1.2 Das Geschäft mit den Politikern.....	
6.2 Medienwelt Migrationsindustrie – „Lügenpresse“.....	
6.2.1 Abgrenzung: Rechtspopulismus vs. Extreme Wahrheiten.....	
6.3 Fazit.....	
7 Schlussbetrachtungen	47
7.1 Zusammenfassung.....	
7.2 Beantwortung der Fragestellung.....	
7.3 Ausblick.....	
Literatur- und Quellenverzeichnis.....	XII
Eigenständigkeitserklärung.....	XVIII

Abkürzungsverzeichnis

AfD = Alternative für Deutschland

BR = Bayerischer Rundfunk

CIVIS = Medienpreis für Integration und kulturelle Vielfalt in Europa

DJV = Deutscher Journalisten Verband

dpa = Deutsche Presse Agentur

DRK = Deutsches Rotes Kreuz

DTJ = Deutsch Türkisches Journal

EU = Europäische Union

Frontex = Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union

GG = Grundgesetz

Lageso= Landesamt für Gesundheit und Soziales

o.J. = ohne Jahresangabe

o.O. = ohne Ortsangabe

Pegida = Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes

PiS = Partei Recht und Gerechtigkeit

SED = Sozialistische Einheitspartei Deutschland

USA = United States of America

UN = United Nations

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Statistik: Einstellung gegenüber Flüchtlingen	20
Abbildung 2: Statistik: Auswirkungen durch Flüchtlinge.....	44
Abbildung 3: Visualisierung der Zusammenfassung.....	48

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Preisträger des Journalistenpreises der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege von 2008-2013	40-41
--	-------

1 Einleitung

1.1 Hinführung zur Thematik

Das Thema der vorliegenden Arbeit lautet „Das Grundrecht der Pressefreiheit in Geschichte und Gegenwart“. Das Grundrecht der Pressefreiheit wurde schon in sehr frühen Jahren diskutiert. Aufgrund der derzeitigen Krisen durch Terrorismus und den Flüchtlingsstrom nach Europa stehen Medien wieder im Fokus: Die Frage nach angemessener Berichterstattung und einer eingeschränkten Pressefreiheit ist ein Diskussionsthema in der Bevölkerung. Vor allem auch in Deutschland spielt Pressefreiheit eine wichtige Rolle.

1.2 Die Fragestellung

Die vorliegende Arbeit widmet sich der Frage, inwieweit Journalisten in Deutschland derzeit noch frei berichten können. Sie untersucht dahingehend zwei Aspekte: Pressefreiheit im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Terrorismus und Pressefreiheit im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlingskrise. Im Fokus dieser beiden Aspekte steht, eine Übersicht über die beiden gegenwärtigen Themen zu formulieren sowie in einigen Sätzen darauf ein zu gehen, ob eine Gefährdung für die Pressefreiheit besteht. Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, eine Übersicht über die vergangene und die gegenwärtige Lage der Pressefreiheit in Deutschland zu geben, dem Leser einen Einblick in die Gefährdung der Pressefreiheit in Deutschland zu vermitteln und am Ende die vorher erwähnten Fragen zu beantworten.

1.3 Methode und Aufbau

Zunächst werden in Kapitel 2 der Begriff „Pressefreiheit“ erläutert, die Rangliste der Pressefreiheit 2016 der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ aufgeführt und einige aktuelle Schlagzeilen aufgelistet. Anschließend wird im Kapitel 3 ein kurzer Einblick in die Pressefreiheit weltweit gegeben. In Kapitel 3.1 werden einige Länder Europas mit aktuellen Fällen gezeigt, in Kapitel 3.2 einige Länder außerhalb Europas, ebenfalls mit aktuellen Fällen. Anschließend wird in Kapitel 4 der geschichtliche Hintergrund der Pressefreiheit in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg beleuchtet. Dann geht die Arbeit auf die gegenwärtige Situation von Journalisten in Deutschland ein. Sowohl die Thematik der Rechtsgrundlage als auch der Manipulation durch Journalisten sowie aktuelle Fälle werden behandelt und dargestellt. Daran anschließend wird in Kapitel 5 auf den Aspekt des Zusammenhangs zwischen Terrorismus und Medien eingegangen. Zunächst wird dafür Terrorismus definiert. Daraufhin folgt der Aspekt der Wichtigkeit von Bildgebung und Formulierung in den Medien sowie eine Erläuterung, für wen und in welcher Form die Berichterstattung über Terrorismus in den Medien von Nutzen ist. In Kapitel 6 wird der Aspekt behandelt, welche Auswirkungen die Flüchtlingskrise auf die Medien hat beziehungsweise wie sich die Berichterstattung in den Medien auf die Flüchtlinge und die Bevölkerung auswirken. Dafür wird zunächst eine Übersicht über die gegenwärtige Situation der Flüchtlingskrise gegeben und danach die Themen Unwahrheiten in den Medien und die Beteiligung der Medien innerhalb der Flüchtlingskrise erläutert. Abschließend wird in Kapitel 7 die Arbeit in eigenen Worten zusammengefasst und die Fragestellung „Wie frei können Medien derzeit noch berichten?“ mit einem Ausblick auf die nächste Zeit beantwortet.

2.1 Was bedeuten „Presse“ und „Pressefreiheit“?

Der Begriff der Presse hat seinen Ursprung im lateinischen Wort „*premere*“, beziehungsweise dessen Partizipialform „*pressum*“, was ins deutsche übersetzt „drücken“ oder „pressen“ bedeutet. Übernommen wurde das deutsche Wort „Presse“ dann aus dem französischen „*la presse*“. Heutzutage wird unter dem Begriff der Presse folgendes verstanden: Alle Druckwerke, die regelmäßig erscheinen (vgl. Pürer 2007, 9). Auf der Internetseite kulturkritik.net wird Presse folgend definiert: „Presse ist das Medium der Information, durch welche Politik und Kultur auf einer informationstechnischen Bühne vorgestellt, berichtet, vermittelt und erläutert wird“ (vgl. Kulturkritik)

Pressefreiheit bedeutet, dass die Medien und die in den Medien agierenden Journalisten und Mitarbeiter frei und unabhängig über alle Themen berichten können, die für die Öffentlichkeit und für die Bevölkerung von Interesse sind.

2.2. Rangliste Pressefreiheit weltweit 2016

1 Finnland, 2 Niederlande, 3 Norwegen, 4 Dänemark, 5 Neuseeland, 6 Costa Rica
7 Schweiz, 8 Schweden, 9 Irland, 10 Jamaika, 11 Österreich, 12 Slowakei, 13 Belgien
14 Estland, 15 Luxemburg, 16 Deutschland, 17 Namibia, 18 Kanada, 19 Island
20 Uruguay, 21 Tschechien, 22 Surinam, 23 Portugal, 24 Lettland, 25 Australien
26 Ghana, 27 Zypern, 28 Liechtenstein, 29 Samoa, 30 Organisation Ostkaribischer Staaten, 31 Chile, 32 Kap Verde, 33 Andorra, 34 Spanien, 35 Litauen, 36 Belize
37 Tonga, 38 Großbritannien, 39 Südafrika, 40 Slowenien, 41 USA, 42 Burkina Faso
43 Botswana, 44 Trinidad und Tobago, 45 Frankreich, 46 Malta, 47 Polen
48 Mauretanien, 49 Rumänien, 50 Komoren, 51 Taiwan, 52 Niger, 53 Haiti, 54 Argentinien
55 Papua-Neuguinea, 56 Madagaskar, 57 Guyana, 58 El Salvador, 59 Serbien
60 Mongolei, 61 Mauritius, 62 Dominikanische Republik, 63 Kroatien, 64 Georgien

65 Senegal, 66 Malawi, 67 Ungarn, 68 Bosnien und Herzegowina, 69 Hongkong
70 Südkorea, 71 Tansania, 72 Japan, 73 Lesotho, 74 Armenien, 75 Nicaragua
76 Republik Moldau, 77 Italien, 78 Benin, 79 Guinea-Bissau, 80 Fidschi, 81 Nordzy-
pern
82 Albanien, 83 Sierra Leone, 84 Peru, 85 Kirgistan, 86 Elfenbeinküste, 87 Mosambik,
88 Togo, 89 Griechenland, 90 Kosovo, 91 Panama, 92 Seychellen, 93 Liberia, 94 Bhu-
tan
95 Kenia, 96 Tunesien, 97 Bolivien, 98 Libanon, 99 Osttimor, 100 Gabun, 101 Israel ,
102 Uganda, 103 Kuwait, 104 Brasilien, 105 Nepal, 106 Montenegro, 107 Ukraine
108 Guinea, 109 Ecuador, 110 Zentralafrikanische Republik, 111 Paraguay, 112 Maledi-
ven
113 Bulgarien, 114 Sambia, 115 Republik Kongo, 116 Nigeria, 117 Katar, 118 Mazedo-
nien
119 Vereinigte Arabische Emirate, 120 Afghanistan , 121 Guatemala, 122 Mali, 123 An-
gola
124 Simbabwe, 125 Oman, 126 Kamerun, 127 Tschad, 128 Kambodscha, 129 Algerien
130 Indonesien, 131 Marokko, 132 Palästinensische Gebiete, 133 Indien, 134 Kolumbi-
en
135 Jordanien, 136 Thailand, 137 Honduras, 138 Philippinen, 139 Venezuela,
140 Südsudan, 141 Sri Lanka, 142 Äthiopien, 143 Myanmar, 144 Bangladesch,
145 Gambia 146 Malaysia, 147 Pakistan, 148 Russland, 149 Mexiko, 150 Tadschikis-
tan
151 Türkei, 152 Demokratische Republik Kongo, 153 Swasiland, 154 Singapur, 155
Brunei , 156 Burundi, 157 Belarus, 158 Irak, 159 Ägypten, 160 Kasachstan, 161 Ruan-
da,
162 Bahrain, 163 Aserbaidshan, 164 Libyen, 165 Saudi-Arabien, 166 Usbekistan,
167 Somalia, 168 Äquatorialguinea, 169 Iran, 170 Jemen, 171 Kuba, 172 Dschibuti
173 Laos, 174 Sudan, 175 Vietnam, 176 China, 177 Syrien, 178 Turkmenistan,

179 Nordkorea, 180 Eritrea

Quelle: Reporter ohne Grenzen, 2016

Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ veröffentlicht jährlich eine Rangliste der Pressefreiheit. Die in Kapitel 2.2 aufgeführte Rangliste ist für das Jahr 2016. Bei der Erstellung dieser Rangliste wird unter anderem darauf geachtet, wie frei Journalisten in der vergangenen Zeit in den Ländern berichten konnten oder wie viele Übergriffe auf Journalisten es in letzter Zeit in diesen Ländern gab.

2.3 Aktuelle Schlagzeilen

Folgende Schlagzeilen im Zeitraum bis Mai 2016 sind nur einige von mehreren Hundert, die tagtäglich auf der ganzen Welt in der Presse veröffentlicht werden. Meistens geht es darin um die Einschränkung der Pressefreiheit, den Angriff an Journalisten oder auch den politischen Umgang mit dem Thema Pressefreiheit, so zum Beispiel im Fall von Jan Böhmermann.

(03.11.2015): Frankfurter Rundschau: Mehr als 700 tote Journalisten – Unesco Bericht erinnert daran, dass weltweit alle fünf Tage ein Reporter umgebracht wird

(30.03.2016) Tagesschau: Streit um Pressefreiheit - Steinmeier mahnt die Türkei

(31.03.2016): FOCUS Online Eilmeldung: Bei Erdogan-Auftritt in Washington – Berichte: Türkische Sicherheitskräfte attackieren Journalisten

(03.04.2016) Focus: Umgang mit der Pressefreiheit - Erdogan enttäuscht über Obamas Kritik

(04.04.2016): Pressefreiheit „nicht schrankenlos“: Merkels Kritik an Böhmermanns Schmähdgedicht

(10.04.2016) taz.de: Pressefreiheit in Polen - Die Grenze im Kopf

(12.04.2016): Peinlicher Auftritt: Türkischer Reporter macht ZDF Vorwürfe wegen Pressefreiheit

(13.04.2016) WELT: Wo nur ein zahmer Reporter ein guter Reporter ist

(13.04.2016): FOCUS Online Eilmeldung: Erdogan-Schmähgedicht – Anne Will: Gab eine Bombendrohung nach Sendung zu Böhmermann

(13.04.2016) BR: Pressefreiheit in Europa - Macht und Ohnmacht eines Grundrechts

(13.04.2016): BILD: Weil er zu viel weiss - Polizei ermittelt gegen BILD-Reporter

(13.04.2016) kress News: Zeitschriftenverleger zeigen Flagge: "Pressefreiheit ist nicht verhandelbar"

(14.04.2016): kress news: Einschüchterungsversuch in Frankfurt: Staatsanwaltschaft ermittelt gegen "Bild"-Reporter Max Schneider

(14.04.2016) Osthessen News: Angriff auf Pressefreiheit? Staatsanwalt ermittelt gegen BILD-Reporter Max Schneider

(14.04.2016) Hessenschau: Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Bild-Reporter

(15.04.2016) Aargauer Zeitung: Mit Pressefreiheit spielt man nicht

(16.04.2016) DTJ Online: Pressefreiheit: Türkische Mediengewerkschaft legt verheerende Bilanz vor

(19.04.2016): FOCUS Online Eilmeldung: Flughafen Istanbul – Einreise verweigert: Türkische Behörden setzen ARD – Reporter in Abschieberaum

(20.04.2016): FOCUS Online Eilmeldung: Eklat um Journalist – Türkei ließ ARD – Korrespondenten „aus Sicherheitsgründen“ nicht rein

(22.04.2016) FOCUS Online Eilmeldung: „Das war ein Fehler“ - Merkel bereut Bewertung des Böhmermann-Gedichts

(27.04.2016): FOCUS Online Eilmeldung: Staatsanwaltschaft Mainz – Hunderte Strafanzeigen gegen Jan Böhmermann eingegangen

(27.04.2016): FOCUS Online Eilmeldung: Hunderte Strafanzeigen gegen Moderator – Böhmermann nimmt sich Anwalt für Ermittlungen nach Schmähdgedicht

(06.05.2016) FOCUS Online Eilmeldung: Erdogan-Kritiker verurteilt – Mehrjährige Haftstrafe für Journalisten Can Dündar in Türkei

(06.05.2016) FOCUS Online Eilmeldung: Chefredakteur der „Cumhuriyet“ - Schüsse auf Journalisten Dündar bei Prozess in Istanbul

Repression und Gewalt gegenüber Journalistinnen auf den Malediven

FOCUS Online Eilmeldung: Erdogan-Satire – Türkische Regierung fordert Strafverfahren gegen Böhmermann

3 Pressefreiheit weltweit – ein kurzer Einblick

Nicht nur in Deutschland, sondern auch in den vielen weiteren Ländern weltweit, ist Presse- und Meinungsfreiheit ein wichtiges Thema. In vielen Ländern werden Journalisten inhaftiert, Redaktionen gestürmt, kontrolliert oder vieles mehr. Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ veröffentlicht jährlich eine Rangliste der Pressefreiheit, auch für 2016 wurde bereits eine veröffentlicht (siehe Kapitel 2, Punkt 2.2). Im Grunde geht es Journalisten weltweit darum, sagen und veröffentlichen zu dürfen, was wichtig und relevant ist. Doch kommt es immer wieder zu verschiedenen Vorfällen, bei denen an der Presse – und Meinungsfreiheit eines Landes gezweifelt werden kann. In Kapitel 3.1 und Kapitel 3.2 sind einige Beispiele für europäische und nicht-europäische Länder aufgeführt.

3.1 Länder in Europa

Frankreich: Auf der Rangliste der Pressefreiheit 2016 auf Platz 45 von 180. Die öffentlich-rechtlichen Medien sind weitestgehend frei von Zensur und unabhängig von politischer Einflussnahme. Jedoch kann der Staatschef durch die Medienaufsichtsbehörde die Intendanten mehrerer rechtlich-öffentlicher Rundfunkanstalten benennen. Es gibt viele Gesetze zum Schutz der Privatsphäre, wodurch Journalisten in ihrer Arbeit eingeschränkt werden, die Offenlegung von Vermögensverhältnissen einiger Parlamentsabgeordneter und Beamtenverleumdung werden bestraft. Unzureichend ist auch der Informantenschutz (vgl. Reporter ohne Grenzen).

Fall Frankreich: Angriff auf die Redaktion von Charlie Hebdo: Das Magazin Charlie Hebdo definiert sich als atheistisch und links. Bereits 2006 druckte das Magazin Karikaturen über Muslime, druckte Mohammed-Karikaturen einer dänischen Zeitung nach und ähnlich. Im November 2011 gab es einen Brandanschlag in den Redaktionsräumen, schwere Beschädigungen waren die Folge. Im Januar 2015 dann ein erneuter Angriff: Bewaffnete stürmen das Redaktionsbüro, 12 Menschen sterben. Gesehen wird dieser Angriff als Racheaktion gegen das islamkritische Satiremagazin (vgl. Die Welt).

In Frankreich besteht der Angriff auf die Pressefreiheit also darin, dass die Redaktion eines Satiremagazins überfallen wird, weil diese in dem Magazin einige Karikaturen abgedruckt hatte, welche für einen Teil der Gesellschaft beleidigend wirkten. In Polen wird die Pressefreiheit in Form eines neuen Mediengesetzes eingeschränkt.

Polen: Auf der Rangliste der Pressefreiheit 2016 auf Platz 47 von 180. Medien können größtenteils frei berichten, aber kritische Äußerungen oder satirische Aussagen über Politiker können zu Verleumdungsklagen führen. Die Regierung bestimmt die Mitglieder des Nationalen Rundfunkrats, welche u.a. Strafen für die Berichterstattung verhängen können. Die meisten Privatsender und gedruckten Produkte sind in ausländischer, meistens deutscher Hand (vgl. Reporter ohne Grenzen).

Fall Polen: Neues Mediengesetz: In Polen wurde ein neues, restriktives Mediengesetz eingeführt. Dieses Gesetz besagt, dass die Führungspositionen in den öffentlich-rechtlichen Medien fortan von der Regierung bestimmt werden. Direkt nachdem das Mediengesetz im Januar in Kraft getreten war, wurden neue Fernseh- und Rundfunkchefs bestimmt und viele führende Redakteure entlassen. PiS, die derzeit regierende Partei Recht und Gerechtigkeit begründet das neue Mediengesetz mit dem Argument, die staatlichen Medien würden sich stark an der Linie der Vorgängerregierung ausrichten. Doch verstößt Polen damit gegen demokratische Grundsätze. Nicht nur seitens der Bürger, sondern auch seitens der EU Kommission besteht Kritik (vgl. Zeit Online 2016).

Türkei: Auf der Rangliste der Pressefreiheit auf Platz 151 von 180. Unter der Regierung von Recep Tayyip Erdogan wird teilweise direkter Druck auf die Medien ausgeübt. Beispielsweise werden Redaktionen von Regierungsmitgliedern angerufen, nur damit sie regierungskritische Berichte von Webseiten entfernen. Journalisten in der Türkei wurden zum Beispiel während gewaltsamer Proteste 2013 angegriffen, aber kaum ein Vorfall strafrechtlich verfolgt (vgl. Reporter ohne Grenzen).

Fall Türkei: Can Dündar und Erdem Gül, Journalisten von „Cumhuriyet“. Die beiden Journalisten Dündar, Chefredakteur der „Cumhuriyet“ und Gül, der Hauptstadtbüroleiter, sind beide zu hohen Haftstrafen verurteilt worden, da sie für

schuldig befunden worden sind, geheime Dokumente veröffentlicht zu haben. Unter anderem hatte „Cumhuriyet“ berichtet, dass die Türkei an syrische Extremisten Waffen liefere, die Regierung bestreitet dies. Der Staatspräsident Erdogan hatte daraufhin Anklage erlassen, Can Dündar wurde zu fünf Jahren und zehn Monaten Haft verurteilt, Erdem Gül zu fünf Jahren (vgl. Zeit Online 2016).

Vergleicht man diese drei europäischen Länder miteinander, in welchen die Fälle so unterschiedlich sind und doch das gleiche bewirken, und zwar eine Einschränkung der Pressefreiheit, wird folgendes ersichtlich: Das Grundrecht der Pressefreiheit kann nicht eingehalten werden.

3.2 Länder außerhalb Europas

Ägypten: Auf der Rangliste der Pressefreiheit auf Platz 159 von 180. In der ägyptischen Verfassung von 2014 ist die Presse- und Meinungsfreiheit festgehalten. Aber Regierung und Justiz gehen systematisch gegen Medien vor, die Verbindungen oder Sympathien für die Muslimbruderschaft haben. Gegen Journalisten sind Militärprozesse möglich, Reporter müssen jederzeit mit Gewalt, ausgehend von Sicherheitskräften und Demonstranten, rechnen. Folter und Festnahmen sind täglich, auch Selbstzensur ist verbreitet. Nur wenige Journalisten in Ägypten wagen Kritik (vgl. Reporter ohne Grenzen).

Fall Ägypten: In Ägypten sitzt seit mittlerweile fast drei Jahren der freiberufliche Journalist und Fotograf Mahmoud Abou Zaid, genannt Shawkan, im Gefängnis. Festgenommen wurde er im August 2013 während der Räumung eines Protestcamps von Anhängern des gestürzten Präsidenten Mohammed Mursi. Ihm wird vorgeworfen, bewaffnet auf Seiten der Muslimbrüder gegen die Polizei vorgegangen zu sein. Bis heute wurde gegen ihn keine Anklage erhoben, doch kann er den Behörden gegenüber nicht glaubhaft vermitteln, dass er Journalist ist. Die Problematik besteht darin, dass Freiberufler in Ägypten keinen Presseausweis bekommen (vgl. Böhm 2014).

Der Fall des inhaftierten Journalisten und Fotografen Shawkan in Ägypten unterscheidet sich gegenüber der Verhaftung der beiden Blogger in Vietnam nur insofern, als dass die vietnamesischen Blogger dafür beschuldigt werden, tatsächlich journalistisches Material veröffentlicht zu haben. Der Fotograf in Ägypten dagegen nicht wegen seiner Arbeit direkt, sondern dafür, eine Tätigkeit gegen die Polizei ausgeübt zu haben. Beides gilt als Einschränkung der Pressefreiheit.

Vietnam: Auf der Rangliste der Pressefreiheit auf Platz 175 von 180. Die Medien werden durch die kommunistische Partei kontrolliert. In der Verfassung wird Meinungsfreiheit zwar garantiert, jedoch ist Kritik an der Regierung verboten und Themen wie Religionsfreiheit oder demokratische Reformen werden nicht gestattet. Harte Strafen drohen denen, die trotzdem über kritische Themen berichten. Während Journalisten teilweise monatelang in Untersuchungshaft sitzen, sind Gerichtsverhandlungen meist schon nach ein paar Stunden beendet (vgl. Reporter ohne Grenzen).

Fall Vietnam: Die beiden Blogger Nguyen Huu Vinh und Nguyen Minh Thuy sind zu Haftstrafen verurteilt worden. Ihnen wird vorgeworfen, anti-staatliche Artikel veröffentlicht zu haben. Nguyen Huu Vinh, der sich vor Gericht als unschuldig bekennt, wurde zu fünf Jahren Haft verurteilt, Nguyen Minh Thuy zu drei Jahren (vgl. Unknown 2016).

Iran: Auf der Rangliste der Pressefreiheit Platz 169 von 180. Medien im Iran sind unter staatlicher Kontrolle. Das Internet ist überwacht und zensiert, Zeitungen werden geschlossen und kritische Journalisten sowie Blogger werden zu langen Freiheitsstrafen verurteilt. Die Haftbedingungen sind oft lebensgefährlich.

Fall Iran: Der US-Amerikanische Journalist Jason Rezaian wurde im Oktober 2015 im Iran inhaftiert, da er der Spionage für schuldig befunden wurde. Es wurde nie öffentlich gemacht, was ihm konkret zur Last gelegt wurde. Erst nach 18 Monaten und langen Verhandlungen wurde Rezaian aus dem Gefängnis entlassen und durfte auch das Land verlassen (vgl. Spiegel online, 2016).

Australien: Auf der Rangliste der Pressefreiheit 2016 Platz 25 von 180. Vier Unternehmen besitzen in Australien 80 Prozent der Zeitungstitel. Es gibt einen staatlichen Rundfunk sowie einen weiteren Service, der in verschiedenen Sprachen ausstrahlt. Die Berichterstattung über illegale Immigranten wird durch den Staat kontrolliert, Internierungslager dürfen von Journalisten nur in Begleitung eines Beamten besucht werden (vgl. Reporter ohne Grenzen).

Fall Australien: Julian Assange veröffentlichte 2013 geheime US-Dokumente im Rahmen von WikiLeaks. Bis heute lebt er in der ecuadorianischen Botschaft in London, denn sonst würde er nach Schweden ausgeliefert werden, wo er sich der Vergewaltigung und der sexuellen Nötigung verantworten muss. Assange vermutet, dass Schweden ihn an die USA ausliefern will, wo er wegen der Veröffentlichung der geheimen Dokumente vor Gericht kommen und zu lebenslanger Haft verurteilt werden könnte (vgl. Zeit Online 2016).

Die beiden Fälle des US-Amerikanischen Journalisten Jason Rezaian und der Fall Julian Assange haben sowohl einen Unterschied als auch eine Gemeinsamkeit: Beide Fälle haben mit Spionage oder Veröffentlichung geheimer Dokumente zu tun. Doch wurde Rezaian freigelassen, Assange droht noch immer die Gefahr, verurteilt zu werden.

Was haben diese verschiedenen Fälle für die Pressefreiheit zu bedeuten?

Alle diese Fälle haben eine Gemeinsamkeit: Eine Einschränkung der Pressefreiheit. Wie das neue Mediengesetz in Polen zeigt, geht es Regierungen oft um Ausübung von Macht und Kontrolle und darum, ungewollte Aspekte von Journalisten nicht näher beleuchten zu lassen.

4 Pressefreiheit in Deutschland

Die Pressefreiheit in Deutschland hat einen langen geschichtlichen Hintergrund, der vom 15. Jahrhundert bis in die Zeit nach der Friedlichen Revolution in Deutschland 1989 reicht. Auch momentan ist das Thema Pressefreiheit in Deutschland sehr aktuell.

4.1 Wiederaufbau der Presse nach 1945

Ab dem 07.05.1945 wurde der deutschen Presse ein Ende gesetzt. Das von der Alliierten Militärregierung für die Westzonen erlassene Gesetz Nr.191 vom 24.11.1944 hatte zur Folge, dass für drei Monate das Pressewesen stillgelegt wurde. In diesem wurde das Drucken, Veröffentlichen, Erzeugen, Vertreiben, Verkaufen und gewerbliche Verleihen von Zeitungen, Zeitschriften, Büchern, sowie von Plakaten, Schallplatten und auch Filmen untersagt. Zudem wurde generell das Betreiben von diversen Dienstleistungen untersagt.

Die westlichen Alliierten trafen bezüglich der Pressepolitik einige prinzipielle Übereinkünfte, wie mit einem besiegten Deutschland zu verfahren sei. Diese Ansichten gingen zurück auf die Konferenzen der sogenannten Anti-Hitler-Koalition. „Die dort getroffenen Entscheidungen für eine alliierte Besatzungspolitik standen unter den >>drei großen D<<: der Demilitarisierung, der Denazifizierung und der Demokratisierung“. Es sollte eine neue deutsche Presse geschaffen werden, welche demokratisch und zuverlässig war, sowie keine Verbindungen mehr zu den Pressetraditionen des Dritten Reiches haben sollte (vgl. Pürer 2007, 103).

4.1.1 Das Pressewesen in der Bundesrepublik Deutschland bis 1989

In folgende drei Phasen lässt sich die Entwicklung der Presse in der Bundesrepublik Deutschland bis zur Friedlichen Revolution einteilen:

- (1) Aufbauphase
- (2) Pressekonzentrations-Phase
- (3) Phase der Konsolidierung

Von dem Recht der Generallizenz, welches am 11.09.1949 erteilt worden war, machten nun all die Gebrauch, die vorher durch die alliierten Besatzungsmächte keine Lizenz erhalten hatten. Innerhalb von nur einigen Wochen kam es zu sehr vielen Zeitungsneugründungen. Im Jahr 1954 wurde der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger gegründet, welcher unter anderem folgende Aufgaben verfolgte: Wahrung der Unabhängigkeit von Zeitungen, Ausbildungsförderung für den Nachwuchs in Zeitungsverlagen, Wahrung von der publizistischen Aufgabe der Verleger und viele mehr. In der Phase der Pressekonzentration gab es eine Problematik zwischen Pressekonzentration und der Gefährdung der inneren Pressefreiheit, denn es wurde befürchtet, dass Journalisten nun erhöht vom Verleger abhängig sein werde und so die Meinungsfreiheit des einzelnen Journalisten abnehmen würde. Außerdem sollten der zurückgehenden Meinungsvielfalt entgegengewirkt werden und keine journalistischen Arbeitsplätze verloren gehen (vgl. Pürer 2007, 120-123). Es folgten einige Gesetze.

Pressestatistik-Gesetz: Wurde 1975 beschlossen und verpflichtete die Verleger zu einer genauen Angabe über Titel und Erscheinungsweise der Zeitungen und Zeitschriften, außerdem auch über die Rechtsform des Unternehmens, Zahl der Mitarbeiter etc.

Pressefusions-Kontroll-Gesetz: Einführung 1976, Ziel war das Stoppen der enormen Pressekonzentration (vgl. Kurp, 2004)

Presserecht-Rahmengesetz: Für die Sicherung der Informations- und Meinungsvielfalt im Pressewesen durch mehrere Meinungen innerhalb einer Zeitung (vgl. Pürer, 2007, 136-138). Zwischen 1976 und 1985 folgte eine Phase der Konsolidierung, welche durch den leichten Anstieg von Zeitungseinheiten und auch Ausgaben bei einem Zuwachs aller Tageszeitungen gekennzeichnet war (vgl. Pürer, 2007, 141). Bis zur friedlichen Revolution und Wiedervereinigung 1990 änderte sich die Struktur der Presse in der BRD nicht mehr wesentlich.

4.1.2 Die Presse in der Deutschen Demokratischen Republik

Das Pressewesen in der DDR war beeinflusst durch einige Strukturmerkmale, welche sich teilweise erheblich von den Merkmalen der bundesdeutschen Presse unterschieden. Die Presse war in das System Ostdeutschlands eingebunden. Sie erfüllte sowohl eine wichtige Steuerungs- als auch Repräsentationsfunktion und war sozusagen ein Herrschaftsmittel der Macht (vgl. Pürer, 2007, 173). In der Verfassung der DDR 1968 in Artikel 27 war Meinungs- und Pressefreiheit festgehalten: (1) Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht, den Grundsätzen dieser Verfassung gemäß seine Meinung frei und öffentlich zu äußern. Dieses Recht [...].

(2) Die Freiheit der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens werden gewährleistet.

Pressefreiheit in der DDR war kein Menschenrecht sondern ein Bürgerrecht. Doch bedeutete Pressefreiheit in der DDR lediglich die Freiheit, am Aufbau und der Verwirklichung der Gesellschaft nach marxistisch-leninistischen Vorstellungen mitzuwirken. Es gab harte Strafen bei Verstößen gegen die Grundsätze, welche die sozialistische Pressefreiheit beschränkten (vgl. Pürer, 2007, 173-175).

4.1.3 Die Presse Ende 1989

Durch die politische Wende in der DDR im Herbst 1989 und dem Ende der deutschen Teilung sowie dem Beitritt der DDR zur BRD am 03.10.1990 gab es einen tiefen Einschnitt in das Pressewesen. Mit Ende des SED-Regimes folgte ein Ende für die staatlich gelenkten und kontrollierten Massenmedien der DDR (vgl. Pürer, 2007, 211). Fortan gab es Forderungen nach den demokratischen Grundrechten der Informations-, Meinungs- und Medienfreiheit. Am 04.11.1989 gab es eine Großdemonstration auf dem Berliner Alexanderplatz, wo das uneingeschränkte Recht auf freie Meinungsäußerung verlangt wurde.

Kurz danach, im Dezember 1989 sollte ein Mediengesetz für die DDR ausgearbeitet werden welches sich nach folgenden vier Grundsätzen richten sollte:

(1) Eine Garantie für die Grundrechte und die Freiheiten im Informations-Bereich

(2) Die Gewährleistung von Unabhängigkeit der Medien durch Staat und Regierung

(3) Das Ausschließen von Monopolbildung im Medienbereich

(4) Eine Sicherung des öffentlichen Auftrags der Medien um die Informations-, Kultur- und Bildungsbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen

Durch Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten gab es resultierend keinen gemeinsamen deutschen Pressemarkt – im Gegenteil, die Struktur des Pressemarktes in den neuen Bundesländern unterscheidet sich bis dato nicht unwesentlich von denen der alten Länder (vgl. Pürer, 2007, 228).

4.2 Die gegenwärtige Situation

4.2.1 Grundrechte von Journalisten:

In Artikel 5 im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist die Pressefreiheit in Abs. 1 festgehalten worden:

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Damit steht es Journalisten grundsätzlich frei, über alle für die Öffentlichkeit relevanten Themen frei zu berichten. Auch eingeschlossen im Grundrecht der Pressefreiheit ist die Freiheit, die Tendenz eines Presseorgans festzulegen, zu verwirklichen, beizubehalten und zu ändern (vgl. Pürer, 2007, 352). Eine Redaktion hat also die Möglichkeit, zu entscheiden, welche Themen sie in welcher Form veröffentlicht und

welche nicht. Auch hat die Redaktion freie Entscheidung darüber, ob und inwiefern der Bericht bebildert wird.

Die Presse muss in der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung ihre Rolle als Informationsquelle erfüllen können. Ernst Fricke schreibt in seinem Buch, dass eine Demokratie nicht adäquat ist, „wenn Journalisten, und zwar gerade auch solche von lokalen und regionalen Medien, aus Angst vor dem eigenen Wort oder aus Angst vor strafrechtlicher Verurteilung Selbstzensur üben oder üben müssen“ (Fricke, 2010, 28).

Jedoch ist Pressefreiheit nicht grenzenlos. Sie findet nach Art.5 Abs.2 Grundgesetz auch Schranken. Und zwar im Sinne von den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Jugend und dem Recht der persönlichen Ehre. Allgemeine Gesetze dienen dem Schutz des allgemeinen Rechtsguts. Auch Gemeinschaftsinteressen, wie zum Beispiel der Schutz der äußeren Sicherheit des Staats, des inneren Friedens und der öffentlichen Sicherheit gehören dazu. Pressefreiheit kann u.a. eingeschränkt werden bei dem Verrat von Staatsgeheimnissen oder bei Propaganda für verfassungswidrige Organisationen (vgl. Pürer, 2007, 340).

Für Journalisten existieren einige Sonderrechte, damit sie die Bürger ohne Einschränkungen über allgemeine Interessen informieren können. Zu diesen Sonderrechten gehören u.a. eine kurze Verjährungszeit bei Presseinhaltsdelikten, ein Schutz vor Eingriffen durch Polizei und Verwaltung in die Presse, der Schutz von Wahrnehmung berechtigter Interessen (vgl. Pürer, 2007, 354/355).

Landespressegesetze

Jedes Bundesland in Deutschland hat sein eigenes Pressegesetz. Die Mehrzahl der Pressegesetze der Länder stimmen größtenteils überein. In diesen Pressegesetzen finden sich wichtige Bestimmungen oder Vorschriften, u.a.: Vorschriften zur inneren Ordnung des Pressewesens, dies beinhaltet unter anderem die Impressumspflicht oder die Pflicht der Kennzeichnung von entgeltlichen Veröffentlichungen; Bestimmungen zum Pressestraf- und Ordnungswidrigkeiten-Recht, welches unter anderem die Verjährung von Pressedelikten enthält. Alle der Landespressegesetze enthalten aufgrund des Grundgesetzes eine Verankerung des Grundrechts der Pressefreiheit. Des weiteren sind das Informationsrecht der Presse, die Zuweisung der öffentlichen Aufgabe und eine Informationspflicht der Behörden geregelt (vgl. Pürer, 342/343).

Journalistisches Standesrecht

Weder in den Bundes- noch in den Landesgesetzen ist das sogenannte „Standesrecht“ formaljuristisch festgelegt. Das Standesrecht der bundesdeutschen Presse beinhaltet alle Berufsgrundsätze. Von Journalisten in Deutschland wird eine Einhaltung dieser Grundsätze erwartet. Unter anderem beinhalten diese einige allgemeine Appelle an das Verantwortungsbewusstsein, das Eintreten für Menschenrechte und für Frieden, keine Diskriminierung von bestimmten Gruppen oder die Respektierung der Intim- und Privatsphäre (vgl. Pürer, 2007, 365/366).

4.3 Relevante Themen und die Gleichschaltung von Medien

Relevante und wichtige Themen scheinen in den Medien nicht thematisiert zu werden und es erscheint, als seien die Medien gleichgeschaltet. Das liegt daran, dass teilweise die Journalisten selbst nichts von diesen Nachrichten wissen – in der Redaktion werden manche Nachrichten schlichtweg nicht behandelt. Damit ein Thema oder eine wichtige Nachricht überhaupt in die Medien kommt, muss sie drei Phasen durchlaufen: Vom Ereignis zur Tatsache, von der Tatsache zur Nachricht und von der Nachricht zu einem öffentlichen Bericht. Dieser Weg ist so komplex, dass wegen einfachen Konstanten eine wichtige Nachricht nicht an die Allgemeinheit gelangt. Der amerikanische Forscher Walter Lippmann kristallisierte einige wichtige Faktoren heraus, damit ein Ereignis auch wirklich eine Nachricht wird: Relevanz, lokale Nähe, Prominenz, Überraschung. Ein Ereignis muss sprachlich formulierbar und zudem darstellbar sein.

Thilo Sarrazin schreibt dazu, dass Medien eine Reduktion und eine Rekonstruktion der wirklichen Welt liefern, wodurch sie Macht haben. Und ebendiese Rekonstruktion würde durch eine Selektion darüber geschehen, was überhaupt berichtet wird (vgl. Sarrazin, 2014, 137). Die Wahrnehmung, Medien würden gleichgeschaltet, kann unter anderem mit folgender Tatsache erklärt werden: In der heutigen Zeit finden sich im Internet viele Nachrichtenseiten, die zeitgleich abrufbar sind. Folge davon ist, dass es nicht mehr Nachrichten gibt, sondern fast alle Seiten die gleichen Meldungen schreiben. Das liegt daran, dass im Online-Journalismus andauernd neue Informationen gefordert sind (vgl. Thoden 2015, 181).

Der Zwang zu Neuigkeiten

Für Medien ist es essentiell, dass es Nachrichten gibt, damit durch Nutzung dieser Medien Quote und Auflage gewonnen werden können. Jedoch gibt es nicht immer neue Nachrichten, weshalb es sein kann, dass falsche Wahrheiten in der Berichterstattung thematisiert werden. „Man will News und noch mehr News, auch wenn diese News nur Bruchstücke tatsächlicher Nachrichten darstellen“ (Haupt, 2016, S.27). Bereits in einem 2004 erschienenen Artikel wird diese Problematik angesprochen: „Die Massenmedien, wenn auch mit deutlichen Qualitätssprüngen vom Boulevard zu den Qualitätsblättern, vom Fernsehen bis zu den Magazinen und Tageszeitungen, sind auf nichts festgelegt, außer auf die Notwendigkeit einer attraktiven Oberfläche“ (Meyer, 2004). Das sind unumstrittene Tatsachen. Medien müssen sich von anderen Medien abheben und für die „Kunden“ als attraktiv erscheinen, um eine hohe Auflage und eine hohe Quote zu erreichen. „Denn das ist aktuell die eigentliche Währung, um die es in einem Journalismus geht, der immer mehr online stattfindet: Klick-Zahlen, nicht etwa Wahrheit, Inhalt oder Unabhängigkeit“ (Haupt, 2016, 89). Vor allem auch durch den Online-Journalismus wird dieses Verlangen nach Neuigkeiten verstärkt. Professor Andreas Voßkuhle schreibt, dass beinahe jede kritische Äußerung eines Politikers heutzutage eine Schlagzeile sein kann, um die durchaus kurzen Aufmerksamkeitsspannen der Internetnutzer auf die eigene Homepage zu lenken (vgl. Voßkuhle 2013).

Kampagnenjournalismus – das Berichten, was gefällt

Es kommt immer wieder vor, dass Medien Berichte bringen, die nicht relevant waren. Diese Art der Berichterstattung wird „Kampagnenjournalismus“ genannt – etwas wird nicht berichtet, weil es wichtig ist, sondern weil Journalisten es berichten wollen. Es geht nicht um das Erklären von tatsächlichen Ereignissen, sondern es geht darum, den in der Berichterstattung einmal eingeschlagenen Weg auch zu verfolgen oder eine Person oder Institution in die Berichterstattung zu bringen – sowohl positiv als auch negativ. Man könnte sagen, es ist eine Form des manipulierten Journalismus und eine Form der Macht (vgl. Haupt, 2016, 171/173). Die Welt schreibt in einem Artikel: „Da wird aus einem legitimen "Feldzug" eine "Hetzjagd", bei der eine wütende Meute ein unschuldiges Opfer zur Strecke bringt – aus reiner Lust am Jagen. Man kann einem

Journalisten kaum einen schlimmeren Vorwurf machen als den, er betreibe "Kampagnenjournalismus" (Welt online 2013).

4.3.1 Journalisten – sie manipulieren und sie lassen sich manipulieren

In der heutigen Zeit kommt es zu Manipulation durch Journalisten und an Journalisten. Noch haben die Medien das Ansehen einer Macht im Staat, eine Macht, die über aktuelle Themen berichtet. „Nur wird genau das eben sehr schwierig, wenn der Berichterstatter gar nicht wirklich kapiert, worum es eigentlich geht“. Wenn ein Journalist manipuliert, ist dies eine bewusste Handlung. Dagegen besteht Ahnungslosigkeit darin, erhaltene Informationen nur bruchstückhaft wiederzugeben. Heiko Haupt behauptet: Die Ahnungslosigkeit führe dazu, dass Journalisten allmählich unbeliebt werden (vgl. Haupt 2016, 104).

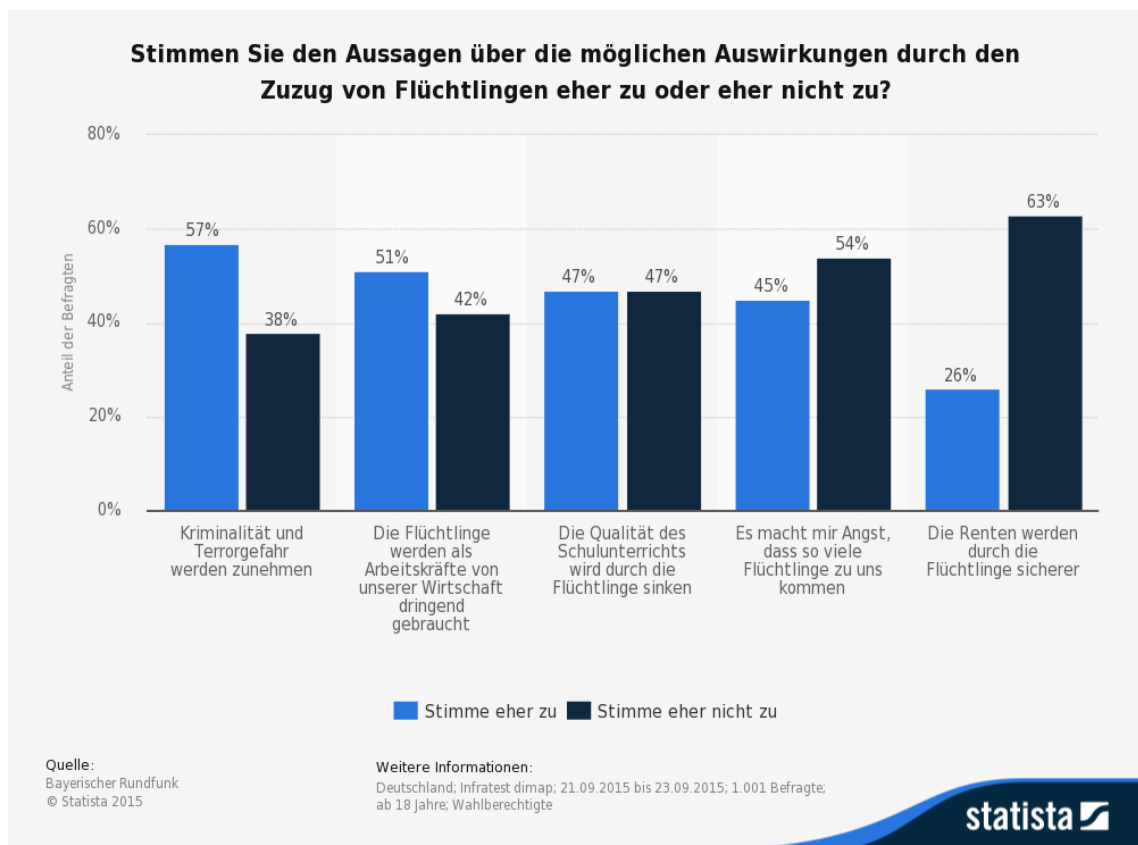


Abbildung 1: Statistik: Einstellung gegenüber Flüchtlingen

(Quelle: Bayerischer Rundfunk (2016), Statista)

Wie in der durch den Bayerischen Rundfunk und bei Statista veröffentlichten Umfrage von 2016 ablesbar ist, haben nur 13% der Bevölkerung eine sehr positive Einstellung gegenüber Journalisten, die in den Nachrichtenmedien arbeiten. 66%, der Großteil der Bevölkerung, äußert eine eher positive Einstellung aus. 5% äußern eine eher negative Einstellung. Die übrigen 5% stimmen für sehr negativ (1%) oder machten keine Angabe (4%). Anhand dieser Statistik lässt sich erkennen, dass das Vertrauen in Journalisten sehr eingeschränkt ist, beziehungsweise nachgelassen hat und es perspektivisch schwer werden kann, das Vertrauen wieder zu festigen. „Im deutschsprachigen Raum gehören Journalisten aus vielen Gründen inzwischen zur Bevölkerungsgruppe mit dem geringsten Ansehen“ (Ulfkotte 2014, 111). Manipulation entsteht jedoch auch, wenn ein Journalist nur Bruchteile von Nachrichten wiedergibt, oder wichtige Wahrheiten weglässt. Ein aktuelles Beispiel ist die derzeitige Flüchtlingsdebatte. Unter anderem wird der Aspekt, warum Flüchtlinge fliehen, oft nur einseitig thematisiert. Mangelndes Fachwissen von Journalisten kann dazu führen, dass sie selbst manipuliert werden. Auch findet Manipulation von Journalisten durch Unternehmen statt (siehe Kapitel „Presserabatte & CO – so lassen sich Journalisten kaufen“). Auch Meinungen eines einzelnen Experten zu einem bestimmten Thema gelten als Beeinflussung und Manipulation (vgl. Haupt, 2016, 108/109).

Manipulation durch den Chefredakteur

Was berichtet wird und was nicht, das wird zumeist durch den Chefredakteur entschieden. Seitens der Führungsetage werden unpassende Inhalte passend gemacht oder Wahrheiten weggelassen, wenn diese nicht den Interessen des Verlages entsprechen. Den Journalisten in der Redaktion wird gesagt, was recherchiert werden darf und welche Themen besser ignoriert werden sollten. Diese Manipulation durch den Chefredakteur kann dazu führen, dass Journalisten das Gefühl bekommen, sie würden in ihrer Pressefreiheit eingeschränkt werden. Die innere Pressefreiheit in einer Redaktion kommt in eine komplexe Situation (vgl. Haupt, 2016, 30-33).

Passend dazu ist der Fall um Kai Gniffke, den Chefredakteur der ARD-Tagesthemen: Im Februar äußert Gniffke in einem Interview mit dem Medienmagazin „Journalist“, seine Redaktion sei weder beeinflussbar, noch denke er, der ARD würde einem Glaubwürdigkeitsproblem unterliegen. „Weder der Chefredakteur noch sonst irgendjemand gibt die Losung aus, wie wir über bestimmte Themen zu berichten haben

und ob oder ob nicht.“ (vgl. Focus Online, 2016).

Mitte Februar kritisierte Horst Seehofer (CSU), der bayrische Ministerpräsident, die Berichterstattung durch ARD und ZDF. In einem Interview mit dem Spiegel äußerte er folgendes: „Für mich ist viel zu häufig die persönliche Überzeugung der Autoren der Maßstab für die Berichterstattung.“ (vgl. Gniffke, 2016).

Anfang April hieß es auf einem Internetportal, Gniffke hätte vor laufender Kamera gekündigt, mit der Begründung, er könne diese Lügen nicht mehr ertragen. Es hieß, er wolle sich bei allen Zuschauern entschuldigen, die jahrelang angelogen wurden und denen wichtige Informationen verschwiegen worden waren. Der Blog propagandaschau.wordpress.com, welcher allgemein für solche spektakulären Gerüchte bekannt ist, hatte dieses Gerücht veröffentlicht, welches sich online schnell verbreitete (vgl. DOK).

Presserabatte & Co – so lassen sich Journalisten kaufen

„KAUF, DU ARSCH“ stand in Großbuchstaben auf der Ausgabe 02/2014 des Wirtschaftsmagazins brand eins auf dem Titel. Damit ist gesagt, was heute wichtig ist – dass Journalisten sich kaufen lassen und Unternehmen sich für Journalisten verkaufen (vgl. Ulfkotte, 2014, 214/215). Journalisten nehmen gewisse Vorteile von Unternehmen in Anspruch, welche unter dem Namen „Presserabatte“ öffentlich gemacht werden. Es gibt Onlineportale, welche die aktuellen Konditionen veröffentlichen. Man kann behaupten, dass es fast nichts gibt, was für Journalisten nicht günstiger ist (vgl. Haupt, 2016, 48/49). Doch hat diese Vorteilnahme seitens der Journalisten einen hohen Preis: Sie wirkt sich auf die Berichterstattung aus, diese wird gegenüber der Unternehmen sehr viel positiver. „Alles in allem sind Presserabatte ein Teil der umfassenden Gesamtstrategie, mit der Unternehmen Einfluss auf die Berichterstattung der Medien bekommen möchten“ (vgl. Haupt 2016, 51).

Aufgrund einer vermutlich angestrebten Gewinnmaximierung, kommt es in verschiedenen Bereichen dazu, dass Journalisten sich kaufen lassen. Unabhängige Journalisten werden von der EU dafür bezahlt, in unabhängigen Medien das Image der Europäischen Union zu verbessern. Der ehemalige Journalist der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Udo Ulfkotte, fasst in seinem Buch „Gekaufte Journalisten“ die Auswirkungen auf die Pressefreiheit in einem Satz zusammen: „Und wie wir sehen, ist auch die >>Pressefreiheit<< bei diesem Theater nur eine gut gespielte Illusion“ (vgl.

Ulfkotte 2014, 218).

Objektivität und Fakten – nicht von Interesse

Die Medien sind in ihrer Art und Weise der Berichterstattung frei. Der eher freie Umgang mit Objektivität und wahren Fakten ist unumstritten, wie unter anderem das Beispiel der Fall der gefälschten Tagebücher von Adolf Hitler zeigt:

In den achtziger Jahren präsentiert die Zeitschrift „Stern“ vermeintliche Tagebücher von Adolf Hitler. Damals war Henri Nannen Herausgeber und auch Vorstand. Der Journalist und Stern-Reporter Gerd Heidemann berichtete davon, ein General der Nationalen Volksarmee bringe Hitlers Tagebücher zu seinem Bruder, diese seien am Ende des Krieges in Hitlers Kurierflugzeug gewesen, welches abgestürzt war. Der damalige Verlagschef Manfred Fischer plante ein Geheimprojekt, insgesamt wurden mehrere Millionen Euro dafür ausgegeben. Bereits ein Jahr nachdem die Redaktion die Tagebücher erworben hatte, wurde Nannen skeptisch und betonte, die Aufzeichnungen wären „platt“. Zudem hatte er den Verdacht, Heidemann würde zu seinem eigenen Nutzen Bargeld des Verlags entwenden. Im März 1983 äußerte das kriminaltechnische Bundesamt erstmals Zweifel an der Echtheit der Tagebücher. Mehrere dieser Aufzeichnungen waren mit optischen Aufhellern bearbeitet, welche jedoch erst nach dem zweiten Weltkrieg eingesetzt wurden. Trotz allem wurden 1983 die Tagebücher der Öffentlichkeit präsentiert (vgl. Seufert, 2013).

Fazit: Journalisten möchten etwas präsentieren – auch wenn es gar nicht der Wahrheit entspricht.

4.3.2 Die Deutsche Presse Agentur – eine Macht, die Medien und Meinung beherrscht – und Vereine, die gegen Manipulation arbeiten

Die in Hamburg ansässige Deutsche Presse Agentur, kurz dpa, hat auf dem deutschen Medienmarkt eine wichtige Position. Seit 1949 hat die Agentur ihre Statur nur unwesentlich verändert. Dieser lautet: „Das Unternehmen erfüllt seine Aufgabe unparteiisch und unabhängig von Einwirkungen und Einflüssen durch Parteien, Weltanschauungsgruppen, Wirtschafts- und Finanzgruppen und Regierungen“ (vgl.

Pürer, 2007, 327). Hervorgegangen im Jahre 1949 durch die Deutsche Nachrichtenagentur Dena, fungiert die dpa seit 1951 als GmbH. Nach eigenen Angaben betreibt die dpa Büros in 100 Ländern und hat weltweit 1200 Mitarbeiter – im Vergleich zu anderen Verlagen, wie Axel Springer (14.000 Mitarbeiter) oder der Mediengruppe Pressedruck (4000 Mitarbeiter) auffallend wenig. Die Aufgabe der dpa besteht darin, eine sehr hohe Zahl an deutschen Medien mit aktuellen Nachrichten zu versorgen. Verschiedene Kunden können verschiedene Dienste abonnieren. Über den Basisdienst gelangen tagtäglich um die 800 Meldungen aus verschiedenen Ressorts an die Medienkunden. Die Problematik bezüglich der Deutschen Presse Agentur besteht in Folgendem: Nachrichten, die durch die Agentur in die Redaktionen gelangen, werden oft unbearbeitet übernommen. Bei Ungleichheiten bezüglich der Recherche werden eher die Agentur-Meldungen bevorzugt, als die der eigenen Redaktion. „Letztendlich ist die Agenturgläubigkeit ein wesentlicher Hintergrund dafür, dass über Gleichmacherei in den Medien gesprochen wird“ (vgl. Haupt, Heiko, „Wenn Medien lügen“ (2016), S.92 – 96). In den letzten Jahren kam es öfters zu Falschmeldungen durch die Agentur. Auf dem Internetauftritt der dpa finden sich Entschuldigungen zu ebensolchen Fehlern in der Berichterstattung, wie beispielweise eine Entschuldigung bei der polnischen Regierung im Februar 2013 (dpa online 2013). Die Otto-Brenner-Stiftung veröffentlichte 2010 eine Studie unter dem Titel „Wirtschaftsjournalismus in der Krise – Zum massenmedialen Umgang mit der Finanzmarktpolitik“. In dieser wird über die dpa unter anderem geschrieben: „Die finanzmarktpolitische DPA-Berichterstattung ist Verlautbarungsjournalismus. Ihre Substanz bildet eine ereignisbezogene Zitatensammlung bekannter Politiker und Experten [...]. In Summa: Die Informationsleistung von DPA in Sachen Finanzmarktpolitik ist hoch defizitär, die Orientierung, welche die DPA in diesem Zusammenhang gibt, ist Desorientierung, der finanzmarktpolitische DPA-Journalismus ist Trivial-Journalismus“ (Arlt, Storz 2010, 121). Als Antwort und Reaktion auf diese Studie, verfasste die dpa eine Pressemitteilung, in welcher der Studie sowohl falsche als auch irreführende Behauptungen vorgeworfen wurden. Die Deutsche Presse Agentur kritisierte sich dabei selbst nicht (vgl. Haupt 2016, 100).

Der Deutsche Journalistenverband

Der Deutsche Journalisten-Verband, kurz DJV, sieht als seine Hauptaufgabe die Vertretung von den berufs- und medienpolitischen Forderungen der hauptberuflichen Journalistinnen und Journalisten aller Medien. Die Arbeit des DJV erfolgt sowohl finanziell als auch politisch unabhängig. Insgesamt hat der Verband ca. 36.000 Mitglieder verschiedener Medienformate, deren Interessen mit in die Aktivitäten des Verbands einfließen. Der DJV setzt sich für eine soziale und publizistische Unabhängigkeit für Journalistinnen und Journalisten ein. Sich gegen Behinderung, Einflussnahme oder Ausbeutung zu wehren ist ein wichtiger Arbeitspunkt des Verbandes. Die Hauptthemen, mit welchen der Deutsche Journalistenverband sich beschäftigt, sind: Tarife und Honorare, Betriebsräte, Gremienarbeit, Rechtsberatung und Rechtsschutz, Bildungsarbeit und auch Internationale Thematiken (vgl. DJV). Auch setzt der DJV sich gegen Manipulation in den Medien ein.

Der Deutsche Presserat

Gegründet wurde der Deutsche Presserat von den Verbänden der Zeitungs- und Zeitschriftenverleger und der Journalistengewerkschaft. Er ist zuständig für die Selbstkontrolle der Presse. Durch den Deutschen Presserat wurde ein Pressekodex entwickelt, welcher unter anderem die Achtung der Wahrheit und eine wahrhaftige Unterrichtung als wichtigstes Gebot der Presse sieht. Somit engagiert sich der Deutsche Presserat in dieser Hinsicht gegen Manipulation in den Medien. Der Deutsche Presserat entscheidet auch über Beschwerden, welche Veröffentlichungen und Vorgänge in der deutschen Presse behandeln, so zum Beispiel bei Prozessberichtserstattungen. Auch kann vom Presserat ausgehend ein Beschwerdeverfahren eingeleitet werden und auch Konsequenzen getroffen werden. Bei einem Verstoß gegen den Pressekodex allerdings hat der Deutsche Presserat keinen Einfluss und somit keine Sanktionsmöglichkeiten (vgl. Fricke 2010, 84/85).

Fazit: In Deutschland gibt es Kontrollinstanzen, welche Manipulation in den Medien unterbinden wollen. Dazu gehören zum Beispiel der Deutsche Journalisten Verband oder der Deutsche Presserat.

4.3.3 Aktuelle Fälle – Gefährdung der Pressefreiheit

Immer wieder kommt es zu Gefährdungen und Verletzungen der Pressefreiheit in Deutschland. Einige aktuelle Fälle des vergangenen und des aktuellen Jahres:

2015: Der Fall netzpolitik.org: Der Bundespräsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, stellt Anzeige gegen zwei Autoren des Blogs netzpolitik.org. Dieser ist „eine Plattform für digitale Freiheitsrechte“ heißt es auf der Internetseite. Weiter heißt es: „Wir thematisieren die wichtigen Fragestellungen rund um Internet, Gesellschaft und Politik und zeigen Wege auf, wie man sich auch selbst mit Hilfe des Netzes für digitale Freiheiten und Offenheit engagieren kann. Mit netzpolitik.org beschreiben wir, wie die Politik das Internet durch Regulation verändert und wie das Netz Politik, Öffentlichkeiten und alles andere verändert. Wir verstehen uns als journalistisches Angebot, sind jedoch nicht neutral“ (vgl. netzpolitik.org).

Auf netzpolitik.org wird im Februar 2015 aus internen Unterlagen des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) zitiert. Hans-Georg Maaßen sieht darin einen Verrat von Staatsgeheimnissen und stellt daher Anzeige beim Landeskriminalamt. Mitte April wird auf netzpolitik.org erneut aus internen Akten zitiert, es kommt zur zweiten Anzeige. Im Mai wird ein Verfahren gegen die beiden Autoren Beckedahl und Meister eingeleitet, laut Generalbundesanwalt Range sollen keine Maßnahmen gegen die beiden Journalisten ergriffen werden. Einen Monat später wird befunden, dass die veröffentlichten Informationen Staatsgeheimnisse waren. Ende Juli erhalten die Autoren den Brief und veröffentlichen diesen online, auch das Bundeskanzleramt erfährt nach eigenen Angaben erst an diesem Tag davon. Es folgt seitens der Öffentlichkeit Entrüstung, die Pressefreiheit sei nicht gegeben. Forderungen nach einem Rücktritt des Generalbundesanwaltes werden laut. Ein halbes Jahr nach der ersten Anzeige beklagt Range einen Eingriff in die Unabhängigkeit der Justiz, wird in den Ruhestand versetzt (Tagesschau online 2015).

2015: Der Fall Britta Hilpert: Im November 2015 wird die ZDF-Reporterin und Vorstandssprecherin von Reporter ohne Grenzen, Britta Hilpert, von Anhängern der AfD tätlich angegriffen. Sie wurde bei dem Versuch, einer Teilnehmerin der Demonstration Interviewfragen zu stellen, tätlich angegriffen. Die AfD Kreisvorsitzende ermahnte die Demonstranten auf eine Beschwerde Hilperts hin, friedlich zu bleiben

(Meedia 2015).

2016: Der Fall Max Schneider: Die Staatsanwaltschaft Frankfurt hat Ermittlungen gegen den stellvertretenden Chefredakteur der BILD-Zeitung in Frankfurt, Max Schneider, gestartet. In der BILD-Zeitung wurde über ein internes Paper aus dem hessischen Landeskriminalamt berichtet, weswegen Max Schneider dem Verrat von Privatgeheimnissen und Verleumdung beschuldigt wurde. Innenminister Peter Beuth (CDU) kündigte Ermittlungen wegen Geheimnisverrats an (FR-Online 2016). Der Fall ist noch nicht geklärt. Laut Aussagen der BILD-Zeitung wird gegen Max Schneider bezüglich folgender Punkte ermittelt: Verrat von Privatgeheimnissen und Verleumdung (BILD Online 2016).

2016: Der Fall Böhmermann: Der TV-Satiriker Jan Böhmermann veröffentlicht ein Gedicht gegen den türkischen Staatschef Erdogan, in welcher er die Würde des Staatschef durch sogenannte „Schmähkritik“ herabsetzt. Dies formulierte er satirisch und mit einer freien Meinungsäußerung. So entstand der Begriff „Schmähgedicht“. Dieser erstellt Anzeige gegen Böhmermann und verlangt, dass der Satiriker dafür belangt wird. Im deutschen Strafgesetzbuch ist in Paragraph 103 festgehalten, dass bei Beleidigung eines ausländischen Staatschefs bis zu fünf Jahre Haft drohen. Der Fall Böhmermann wird zur Staatsangelegenheit, auch die Bundeskanzlerin muss Stellung beziehen. Angela Merkel stimmt Erdogan zu. Der Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) und der Justizminister Heiko Maas (SPD) stimmen im Fall „Jan Böhmermann“ gegen die Meinung von Angela Merkel. Steinmeier spricht von einer schwierigen Entscheidung, sagt, Meinungs-, Presse- und Kunstfreiheit seien hoch zu beachten. Merkel bezeichnet das Schmähgedicht als „bewusst verletzend“ (vgl. Wittrock, Weiland, 2016). Böhmermann selbst wollte nach eigenen Angaben den Unterschied zwischen erlaubter Satire und verbotener Schmähkritik darstellen. Ein Verfahren gegen Jan Böhmermann wurde eröffnet, die Staatsanwaltschaft verlangt eine Stellungnahme des Satirikers (vgl. Spiegel Online 2016).

Fazit: Die Pressefreiheit in Deutschland ist nicht uneingeschränkt, wie man beispielweise anhand der in Kapitel 4.3.3 geschilderten unterschiedlichen, und doch gleichen Fälle erkennen kann.

5 Terrorismus und Medien

Zwischen Terrorismus-Propaganda und den Medien besteht ein komplexes Verhältnis. Journalisten sollten darauf achten, die Gesellschaft zu informieren, ohne sie zu verängstigen. Außerdem sollte über Terrorismus berichtet werden, dabei aber keine Propaganda für terroristische Gruppierungen betrieben werden.

5.1 Terrorismus – Versuch einer Definition

Es existiert keine allgemeingültige und anerkannte Definition von „Terrorismus“. Zudem sollten die Begriffe „Terror“ und „Terrorismus“ unterschieden werden, denn diese werden häufig synonym verwendet, haben jedoch keine gleiche Bedeutung.

Unter „Terror“ versteht sich grundsätzlich eine Gewalt, welche gegen die Bevölkerung gerichtet wird. Unter „Terrorismus“ wird die Gewalt gegen die Regierung beziehungsweise die Machthabenden verstanden (vgl. Helmerich 2002).

So wie auch der amerikanische Terrorismusforscher Brian Jenkins ist man allgemein der Meinung, der Begriff „Terrorismus“ impliziere ein moralisches Urteil. Jenkins zufolge wird Terrorismus oft als sinnlose, kopflose oder irrationale Gewalt bezeichnet. Doch Terrorismus verfolge klare Ziele.

Allgemein lässt sich Terrorismus in verschiedene Gruppierungen einteilen. Der deutsche Jurist, Soziologe und Gewalt- und Terrorismusexperte Peter Waldmann unterscheidet beispielsweise zwischen nationalistischem, sozialrevolutionärem und religiösem Terrorismus. Auch ist es allgemein nicht ungewöhnlich, verschiedene Arten von Terroristen auf verschiedenen Kontinenten, in einzelnen Ländern oder in unterschiedlichen Religionen differenziert zu betrachten. So wird heutzutage beispielsweise der Terrorismus im Sinne der Drogenkartelle in Mexiko differenziert betrachtet als der Terrorismus durch terroristische Gruppen wie Al Qaida. „In der politikwissenschaftlichen Literatur wird zwischen dem Staatsterrorismus, dem ethno-nationalen Terrorismus, dem ideologisch-weltanschaulichen sowie dem religiösen Terrorismus unterschieden“ (Linder 2011, 69).

In der Forschung wird gesagt, eine terroristische Gruppe sei weder staatlich legitimiert noch im Besitz der Macht. Sie sei politisch, ideologisch oder religiös motiviert und habe

längerfristige Ziele. Allgemein ist die Forschung sich einig, dass terroristische Gruppen „Angst und Schrecken“ verbreiten wollen, auf gesellschaftliche Verhältnisse aufmerksam machen und sich primär dem Mittel der physischen Gewalt bedienen. Personen, die einer terroristischen Gruppierung angehören, wollen mit ihren Taten eine massenmediale Wirkung erzielen und somit ein breitgefächertes Publikum in der Öffentlichkeit erreichen (vgl. Elter 2007).

Insgesamt lässt sich jedoch Terrorismus nicht eindeutig definieren. „Auf dem Weg zu einer brauchbaren Definition stößt man auf eine Vielzahl unterschiedlicher Versuche, das Phänomen des Terrorismus einzugrenzen. Das kann kaum verwundern, entstehen Definitionen häufig aus machtpolitischen Überlegungen.“ (Merkers 2009, 3). Die Definition des Begriffes hängt auch vom Standpunkt des Betrachters ab - ist er Befürworter oder Gegner, Wissenschaftler oder Terrorist. Entsprechend fällt die Bedeutung dieses Wortes unterschiedlich aus.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hielt in der Resolution 1566 im Oktober 2004 folgendes fest: „Criminal acts, including [those] against civilians, committed with the intent to cause death or serious bodily injury, or taking of hostages, with the purpose to provoke a state of terror in the general public or in a group of persons or particular persons, intimidate a population or compel a government or an international organization to do or to abstain from doing any act, which constitute offences within the scope of and as defined in the international conventions and protocols relating to terrorism, are under no circumstances justifiable by considerations of a political, philosophical, ideological, racial, ethnic, religious or other similar nature“ (Linder, 2011, 74).

5.1.1 Muslime unter Generalverdacht – Die Bedeutung von Bildern und Wörtern in der Berichterstattung

Sieht ein Mensch ein Foto, wird seine visuelle Wahrnehmung stimuliert und gereizt. Das Auge sieht das Foto und gibt diese Information weiter. Das Gesehene wird dann im Gehirn verarbeitet, dort ist mehr als die Hälfte der Großhirnrinde an der Wahrnehmung und Interpretation auf visuelle Reize beteiligt (vgl. Gegenfurtner). Bilder unterstützen die Verarbeitung von Nachrichten, durch Bilder lässt sich eine Meinung bilden. Ob das Foto einen positiven oder einen negativen Aspekt unterstützt, ist hierbei nicht relevant.

Durch Bilder von Attentaten oder Selbstmordanschlägen bekommt die Bevölkerung einen Einblick davon, wie es in den Teilen der Welt aussieht, in welcher sie sich nicht befindet. Aufnahmen von solchen negativen Momenten bleiben im Bildgedächtnis des Menschen abgespeichert: Es entstehen Eindrücke und daraus resultierend Meinungen. Diese sind nicht leicht zu korrigieren. Deswegen müssen Journalisten genauestens darauf achten, welche Bilder in welchem Zusammenhang gezeigt werden. Sonst entstehen möglicherweise fehlerhafte Assoziationen in der Gesellschaft. „Wie auch immer ikonisch gefasst ihre Bildkraft ist, zum Zeitpunkt einer Tat wirken alle Bilder, die davon handeln, ganz direkt und überwältigend auf ihre Betrachter. Egal ob man zum Sympathisantenkreis der Attentäter gehört oder ihr potenzielles Opfer sein könnte, Bilder von Anschlägen lassen niemanden unberührt und verlangen nach empathischer Identifikation mit dem Dargestellten, sodass kritische Distanz in diesem Augenblick unmöglich wird“ (vgl. Klonk 2013).

Ein passendes Beispiel dafür wäre in der heutigen Zeit das Bild von der islamischen Bevölkerung. Dieses hat sich vor allem nach den Anschlägen von 2001 in New York und Washington geändert. Zunehmend wurde der Islam mit der Bereitschaft zur Gewalt gleichgesetzt. Die Medien spielen in dieser Situation eine große Rolle. Vieles, was die Menschen in der deutschen Bevölkerung über die Religion zu wissen meinen, wurde ihnen durch die Medien vermittelt. „Ein beliebtes Thema in den Medien war der Kopftuchstreit. Dabei stellten die Zeitungen das Kopftuch stets als Symbol der Differenz des Islam von der deutschen Gesellschaft bzw. einer Form der Unterdrückung der Frau dar und ließen dabei außer Acht, dass es auch als Zeichen eines wertkonservativen Weltverständnisses verstanden werden kann, das nicht nur in muslimischen Gesellschaften getragen wird“ (Stielow 2013, 5/6). Symbole beziehungsweise symbolische Bilder werden mit bestimmten Gruppen oder Religionen verknüpft. Für die muslimischen Einwanderer in Deutschland sind diese Verknüpfungen und diese Art der Berichterstattung nicht von Vorteil, denn es werden dadurch falsche Beschuldigungen unterstellt .

Muslimen geraten durch dieses medial vermittelte Bild in einen Generalverdacht. Die Wahrnehmung über ihre Lebensweise, ihre Religion, über den Umgang mit Frauen und Kindern und über ihren Bildungsstand ist falsch geprägt. So wird beispielsweise häufig angenommen, die islamische Religion unterstütze den Terrorismus. Und auch Klischees werden gebildet. Ein passendes Beispiel dafür ist der Artikel „Dönerwetter“, erschienen am 11.07.2007 in der Bild-Zeitung. In diesem ging es um den ersten türkischen Schützenkönig in Deutschland. Ohne erkennbaren inhaltlichen Zusammenhang wird erwähnt, dass ebendieser einen BMW fährt – so entsteht die

Gefahr, dass der deutsche Leser einen Stereotypen entwickelt (vgl. Stielow 2013, 9). Auch Metaphern oder einfache Sätze und Wörter können dem Bild von Muslimen schaden – Formulierungen wie „kriegerische Auseinandersetzungen mit dem Islam“, „Kriegsgefahr durch Moslems“, „Gefahrgut Islam“ oder „Verschleiert – Unterdrückung der muslimischen Frau“.

Die Fotografen lichten das ab, was von den Medien nachgefragt wird – und diese zeigen das, was die Gesellschaft sehen will. Doch damit wird das vorherrschende Bild von Muslimen immer wieder bestätigt. Die Bilder werden auf wenige markante Merkmale reduziert (vgl. Baspinar, 2011). Es muss durch wenige Aspekte und einem daher möglichst einfachen Bild schnell erkennbar sein, um was es sich handelt.

Es stellt sich also die Frage, welche Bilder geeignet und welche Begriffe angemessen sind, um Muslime nicht unter einen solchen Generalverdacht zu stellen. Vor allem in den letzten beiden Jahren, aktuell und vermutlich auch in nächster Zeit ist dies eine wichtige Frage, mit welcher Journalisten sich befassen sollten. Zusammenfassend sollten generell Begrifflichkeiten wie „muslimischer Terror“ oder Aussagen wie „Muslime sind Terroristen“ vermieden werden. Bezüglich der Bildauswahl sollten zwecks Vermeidung von falscher Wahrnehmung keine Bilder wie Frauen mit Kopftuch oder betende muslimische Männer gezeigt werden, wenn es in dem Beitrag um Terror geht. Werden stattdessen nur Bilder der Täter oder des Tatorts gezeigt, können keine falschen Assoziationen entstehen.

5.1.2 Warum Medien über Terrorismus berichten – und für wen diese Berichterstattung von Nutzen ist

Medien sind da, um zu informieren. Sie berichten über das Weltgeschehen und vermitteln die wichtigsten Informationen anschaulich. Die Journalisten filtern aus der Masse an Informationen die heraus, welche sie für relevant und wichtig halten. Diese werden von ihnen dargestellt und in einer geeigneten Art und Menge präsentiert. Durch die Berichterstattung können Zuschauer und Leser sich eine Meinung bilden. Vor allem sind auch Negativnachrichten häufig in den Medien zu finden. „Gerade Meldungen die im Zusammenhang mit Terroranschlägen oder Kriegshandlungen stehen haben einen hohen Nachrichtenwert, da das Publikum emotional in ihren Bann gezogen und geschockt wird. Neben Dramatik und Überraschungseffekt ist also vor allem der negative Charakter eines Ereignisses entscheidend für dessen mediale Vermittlung.“

(Anonym 2010, 7).

Daraus ergeben sich zwei Fragen: Erstens, warum berichten Medien hauptsächlich über negative Themen und zweitens, lassen sich dadurch Terrorakte unterstützen?

Der englische Journalist Simon Jenkins formulierte kurz und prägnant das Zusammenspiel von Terrorismus, Medien und Politik: „Terrorism is 10% bang and 90% an echo effect composed of media hysteria, political overkill and kneejerk executive action“ (vgl. Merkers 2009, 1).

Der Zusammenhang zwischen Terrorismus und Medienberichten scheint komplex zu sein, ebenso der Zusammenhang zwischen verschiedenen Medien und Terrorgruppen. Es existiert jedoch ein vager Zusammenhang. „In der Literatur herrscht prinzipiell Konsens darüber, dass ein Zusammenhang zwischen Terrorismus und den Medien besteht. Besonders nach dem 11.September wurde die Kritik vernommen, dass Massenmedien eine Verantwortung für den Grad der Intensität der Terrorismusaktivitäten haben. Manche forderten sogar einen Stopp der medialen Berichterstattung über Terrorismus, da sie sich dadurch einen Rückgang terroristischer Aktivitäten erhofften“ (Linder 2011, 67).

Doch können Medien von einer Berichterstattung über Terrorismus auch profitieren. Denn die Thematiken „Terrorismus“ und „Gewalt“ wollen gesehen werden und führen daher zu hohen Auflagen und einer guten Quote, was aus wirtschaftlichen Gründen für Medien ein wichtiger Zwang ist (vgl. Glaab 2007, 24).

5.1.3 Die Medien – eine Kommunikationsstrategie für Terroristen

„Wenn man bedenkt, dass Terrorismus Sympathisanten werben will und sich teils analog zur Etablierung bedeutender Technologien der Massenkommunikation entwickelt hat, so kann man im Terrorismus durchaus eine Kommunikationsstrategie sehen“ (Anonym 2010, 10).

Allgemein nimmt man an, dass aktuelle Terrorgruppierungen ein hohes Medienbewusstsein haben. Offenbar analysieren ebendiese Gruppierungen die westlichen Medien genau – da sie ohne diese nicht bestehen könnten. Und die Medien werden geschickt benutzt, um Ziele durchzusetzen (vgl. Linder 2011, 107). Es kann von einer Manipulation an Journalisten durch Terroristen gesprochen werden, denn Terroristen können die Medien für ihre Zwecke nutzen und ihre Meinungen so an die

Öffentlichkeit übermitteln. Denn sie wissen, dass die Medien in ihrer Berichterstattung aktuell informieren. Terroristen wissen, dass sie durch die Medien an Informationen über Personen und Strategien der Polizei gelangen. Über terroristische Akte, welche in den Medien ein Thema werden, können sie Botschaften verbreiten. „Die Medien werden manipuliert, indem ein terroristischer Akt auf eine Art verübt wird, die auf Grund der Funktionsweise von Massenmedien ein maximales Medienecho garantiert“ (vgl. Glaab 2007, 23). Und auch wissen sie, dass alles, was nicht gezeigt wird, im Internet veröffentlicht werden kann – und dort sehr schnell viele verschiedene Menschen erreicht. Ein Beispiel für diese Art der medialen Nutzung ist der Fall des 2004 vom islamischen Fundamentalisten und Mitglied der Terrororganisation al-Qaida, Al-Zarqawi, enthaupteten Geschäftsmannes Nick Berg. „Schon Al-Zarqawi wusste die schockmindernden Strategien der westlichen Medien und Zensurbemühungen der Regierungen erfolgreich zu umgehen, als er 2004 seine Enthauptungsvideos direkt im Internet veröffentlichte. Noch 48 Stunden nach Bekanntwerden der Ermordung des 26-jährigen amerikanischen Geschäftsmanns Nick Berg war die al-Qaida-Website „Al Ansar“ derart überlastet, dass sie sich nicht mehr öffnen ließ. Nick Berg, das wird hier in aller Grausamkeit deutlich, musste nicht deshalb sterben, weil er als Person irgendeine Bedeutung für al-Qaida hatte, sondern damit die Bilder seiner Ermordung um die Welt gehen konnten“ (Klonk 2013).

5.2 Terrorismus - eine Gefahr für die Pressefreiheit?

Die Einschränkung der Pressefreiheit durch den Terrorismus ist in verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich.

Beispielsweise in der Türkei ist die Pressefreiheit durch den Terrorismus gefährdet, da die dortigen Anti-Terror-Gesetze fehlerhaft ausgelegt werden. Die Zahl der Journalisten, welche in der Türkei inhaftiert sind, schwankt. Meistens ist sie sehr hoch, was zufolge hat, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung dort in Frage gestellt werden sollte. „Verantwortlich für die meisten Verurteilungen sind ein paar falsch ausgelegte Gesetze, und zwar die Artikel 5 und 7 der türkischen Anti-Terror-Gesetze sowie Artikel 314 des türkischen Strafgesetzbuches. Diese Rechtsvorschriften zielen darauf ab, Personen zu bestrafen, die bewusst Propaganda im Namen einer Terroristengruppe erstellen und/oder verteilen, die mit dem Ziel andere Personen zu verletzen einer bewaffneten Organisation beitreten, und die sich gegen den Staat verschwören“ (Wise 2012). In Frankreich ist der Anschlag auf die Redaktion des Satiremagazins „Charlie Hebdo“ im Januar 2015 eine deutliche Bedrohung für die Pressefreiheit geworden, woraus sich resultierend einige Einschränkungen deutlich machen.

Zu den Gefahren für die unabhängige Berichterstattung gehören auch die medienfeindlichen, oft religiösen Ideologien, oder auch die repressiven Sicherheitsgesetze. Einige Länder haben Gesetze, mit denen Journalisten beispielsweise wegen Präsidentenbeleidigung, Gotteslästerung oder Unterstützung terroristischer Gruppen ins Gefängnis kommen können (vgl. Reporter ohne Grenzen 2016).

Wie in dem vorherigen Kapitel „Eine Kommunikationsstrategie für Terroristen“ bereits erwähnt wurde, sind Terroristen darüber informiert, wie sie die Medien zur Berichterstattung und Propaganda benutzen können und wie sie Journalisten durch Veröffentlichungen von Grausamkeiten benutzen und manipulieren können. Der Terrorismus scheint in dieser Hinsicht eine Gefahr für die Pressefreiheit zu sein, sollten Journalisten und Medien einer Manipulation seitens der Terroristen entgehen wollen.

Fazit

Die Medien wollen und müssen über Aktualität berichten, denn die Bevölkerung orientiert sich an ihnen. Vor allem wird über negative Nachrichten berichtet, beispielsweise über das Thema Terrorismus, da dieses von Interesse ist und die Menschen sich eine Meinung darüber bilden wollen. Doch bestehen durch diese Art der Berichterstattung mehrere Gefahren: Die erste Gefahr besteht darin, dass die muslimische Bevölkerung in ein „falsches Licht“ gestellt und dadurch falsch wahrgenommen wird. Die zweite Gefahr besteht darin, dass die terroristischen Gruppierungen die Medien zum Zweck der Kommunikation mit der Öffentlichkeit nutzen. Denn wie bereits in Kapitel 4.2.2 erwähnt, besteht in der Medienwelt eine deutlich erkennbare Manipulation an Journalisten, welche auch im Rahmen des Terrorismus keine Grenzen findet. Durch diese Tatsache besteht ein Einschnitt für die Pressefreiheit, zumindest solange Journalisten dies beachten. Denn wenn Journalisten darauf achten müssen, was sie zeigen und entscheiden müssen, womit sie beeinflussen, oder Vorteile für die Terroristen schaffen, heißt das, sie können nicht komplett frei berichten. Statt beispielsweise die Bilder eines Selbstmordanschlages in der Berichterstattung zu verwenden oder Fakten zu nennen, müssen im Vorfeld Entscheidungen getroffen, Fragen wie „Beeinflusse ich damit falsche Gruppen?“ oder „Wen unterstütze ich damit?“ beantwortet werden. Die Pressefreiheit im weitesten Sinne stößt hier an ihre Grenzen.

6 Flüchtlinge und Medien

Die Zusammenhänge zwischen der Flüchtlingskrise und der Berichterstattung in den Medien sind deutlich zu erkennen.

Im Jahr 2015, und auch dieses Jahr ist das Thema „Flüchtlinge“ in den Medien vorrangig zu finden, seien es Beiträge in Fernsehen, Hörfunk oder Berichte in Printmedien. Es geht darum, wie viele Flüchtlinge kommen, ob Deutschland dem gewachsen ist und wie hoch die Kosten sein werden, welche die Herkunftsländer der Asylsuchenden sind und um Schicksale. Ob Flüchtlinge für Deutschland eine positive oder negative Auswirkung haben, scheint in der Bevölkerung nicht geklärt.

2015 kamen über 1,09 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland. Angaben der UNO Flüchtlingshilfe zufolge befinden sich derzeit weltweit über 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Die meisten der Flüchtlinge kommen aus Syrien, Afghanistan, Somalia oder Eritrea. Sie fliehen vor Bürgerkrieg oder Diktatur (vgl. Flüchtlingskrise Info).

6.1 Als Wahrheit verkaufte Unwahrheiten

Es passiert nicht selten, dass falsche Wahrheiten in den Medien und den sozialen Netzwerken kursieren. Wird eine Aussage gegen Flüchtlinge getroffen, eine Nachricht veröffentlicht, dauert es meist nicht lange, bis das Entsetzen in der Gesellschaft groß ist. Diese Unwahrheiten werden meistens von Seiten der Regierung oder der Polizei korrigiert, doch lassen sie sich im Gedächtnis der Menschen nicht immer leicht korrigieren. Im Folgenden einige Beispiele für falsche Wahrheiten im Zuge der Flüchtlingspolitik, welche veröffentlicht wurden.

Beispiele:

Dezember 2014: Die Nachricht, dass Schlepper Flüchtlinge auf Frachter in unzumutbaren Umständen zwingen und dann selbst kurz vor der Zielerreichung von Bord gehen, egal ob die Flüchtlinge überleben oder nicht, wurde schnell verbreitet. Fast alle Medien berichteten davon, ohne die Fakten zu recherchieren und Frontex, die Grenzschutzagentur der Europäischen Union, sprach sogar von einem „neuen Grad der Grausamkeit“ (Zeit Online, 2015). Nur wenige Journalisten recherchierten tatsächlich und brachten dabei ans Licht, dass der besagte Frachter noch seetauglich war und es zudem keine rücksichtslosen Schlepper gab – die Fahrer des Schiffes waren professionelle Seeleute. „Das alles setzte sich schnell in den Köpfen der Menschen fest, weil es ja auch perfekt in das Gesamtbild der Berichte über das Flüchtlingseiland im Mittelmeer passte. In den Medien war es ähnlich, kaum jemand dachte überhaupt daran, die genannten Fakten zu hinterfragen und genauer zu recherchieren“ (Haupt 2016, 83).

August 2015: Es existiert die Meldung, dass Geflüchtete auf Grabsteine uriniert und somit die Totenruhe gestört haben – auch diese Meldung war nicht wahr (vgl. Prothmann).

September 2015: Angeblich soll in Erfurt eine Grundschule geschlossen worden sein, damit dort ausschließlich syrische Kinder unterrichtet werden können. Diese Nachricht stellt sich als Unwahr heraus (vgl. Tauchnitz).

Oktober 2015: Ein christlicher Flüchtling sei im Asylbewerberheim der Diakonie ums Leben gekommen und dies sei als Suizid vertuscht worden, so hieß es in den Medien. Später stellt sich heraus, es war weder etwas vertuscht worden, noch war ein Flüchtling ums Leben gekommen (vgl. Kaernten ORF).

Dezember 2015: Es geht das Gerücht um, Flüchtlinge hätten eine nahezu neue Edelstahlküche entsorgt, weil darin zuvor Schweinefleisch zubereitet worden war. Dies stellt sich als Unwahrheit heraus (vgl. Westfalen Blatt).

Dezember 2015: Angeblich verweigerten Flüchtlinge, in einer Sparkasse von einer weiblichen Angestellten bedient zu werden. Tatsächlich war es so aber nie passiert (vgl. Westfalen Blatt).

Januar 2016: Ein Flüchtlingshelfer erfindet die Nachricht, ein Flüchtling sei verstorben, nachdem er vor dem Lageso krank geworden sei, die Nachricht verbreitet sich schnell, wird später vom Flüchtlingshelfer selbst dementiert (vgl. Portmann).

Februar 2016: In sozialen Netzwerken existiert die Nachricht, dass eine junge Frau in Gießen von zwei Südländern überfallen und sexuell belästigt worden war. Wie sich später herausstellte, hatte die Frau die Geschichte erfunden und dies auch eingeräumt (Reinemer 2016).

Februar 2016: Die Nachricht wird verbreitet, dass Flüchtlinge in Groß-Gerau an einer Supermarktkasse mit vollem Wagen gesagt hätten, Frau Merkel würde das schon zahlen und letztendlich der Bürgermeister gekommen sei und die Rechnung gezahlt habe. Ebendieser dementiert die Nachricht (vgl. Mikolajczyk).

März 2016: In Geretsried machte die Auffassung die Runde, die Asylbewerber hätten die Turnhalle, in der sie bis dato untergebracht waren, beschädigt. Der Gebäudetechniker sagt, auf den ersten Blick seien keine Schäden zu erkennen (vgl. Kaip).

Insgesamt existieren unzählige Beispiele für solche Unwahrheiten, die durch Medien und soziale Netzwerke gefördert worden sind. Die Gründer der Internetseite <http://www.hoaxmap.org> sammeln solche Nachrichten und verlinken Artikel, die das Gegenteil davon beweisen.

Den Journalisten geht es gar nicht um die Wahrheit – es geht darum, möglichst sensationell zu berichten. „Manipulation durch Medien beruht häufig also gar nicht in erster Linie auf bösem Willen, sondern schlicht auf Faulheit und Inkompetenz“ (Haupt 2016, 84/85). Wie an den in Kapitel 6.1 aufgezeigten Beispielen kann erkannt werden, dass Medien manipulieren, Tatsachen verdrehen und aus Unwissen Wahrheiten formulieren. Es sollen Neuigkeiten zu Themen berichtet werden, zu denen es gar keine Neuigkeiten gibt (vgl. Haupt 2016, S.7).

6.1.1 Journalistenpreise

Bei den verschiedenen Themen sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass Journalisten dafür bezahlt und prämiert werden, wenn sie eine Geschichte veröffentlichen, die möglichst emotional ist und Mitgefühl auslöst. Prämien für Journalisten existieren durch Journalistenpreise. Davon gibt es viele verschiedene, u.a. den DRK Medienpreis, den Journalistenpreis Integration oder den CIVIS Medienpreis für Integration und kulturelle Vielfalt in Europa (vgl. Ulfkotte 2015, 57). Prämiert werden Journalisten, die mit ihren Flüchtlings- und Integrationsgeschichten die Gesellschaft berührt haben. Das gibt einen Ansporn, solche Geschichten zu veröffentlichen, Aufmerksamkeit zu erregen. Aufmerksamkeit erhöht die Quote und die Auflage. Und das ist es, worum es für die Medien geht (vgl. Ulfkotte 2015, 68).

Im folgenden einige Preisträger des Journalistenpreises der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege der vergangenen Jahre:

Jahr	Medium	Preisträger(in)	Titel
2013	Fernsehen	Pia-Luisa Lenz, Christian von Brockhausen, NDR Fernsehen	>>Hudekamp – Ein Heimatfilm<<
	Hörfunk	Marie von Kuck, Deutschlandfunk	>>Der Mut der Mücke. Lebensstrategien Alleinerziehender<<
	Print	Michaela Kölbl, Waiblinger Kreiszeitung	>>Auf der Suche nach Heimat<<
2012	Fernsehen	Christel Sperlich, rbb (Fernsehen)	>>Hungerlohn trotz Vollzeitjob<<
	Hörfunk	Gabriele Sötzer, MDR FIGARO	>>Frauenzuchthaus Hoheneck – Demütigung, Willkür, Verrat<<
	Print	Anita Blasberg, Christian Denso, Die Zeit	>>Unter Menschen<<
2011	Fernsehen	Gudrun Thoma, Sebastian Schütz, WDR (Fernsehen)	>>Verarmt, verstorben, verscharrt – Wenn der Tod zu teuer ist<<
	Hörfunk	Charly Kowalczyk, DRL Kultur/NDR	>>Angelika. Annäherung an ein Kinderleben.<<
	Print	Jörg Eigendorf, Marc Neller, Uwe Müller, Lucas Wiegelmann, Welt	>>Die Wegwerfmädchen<<

		am Sonntag	
2010	Fernsehen	Heidi Umbreit, Bernd Umbreit, WDR (Fernsehen)	>>Menschen hautnah: >Hallo Jule, ich lebe noch<<<
	Hörfunk	Inge Braun, Helmut Huber, DLR Kultur/NDR/rbb	>>Werd ich mit Singen deutsch?
	Print	Henning Sußebach, Die Zeit	>>Die Opokus von nebenan<<
2009	Fernsehen	Simone Grabs, ZDF/KI.KA	>>Moritz: Wäre cool, wenn sie ein Engel wird...<<
	Hörfunk	Tom Schimmeck, NDR Info	>>Koma-Kicks. Erkundungen unter jungen Kampftrinkern<<
	Print	Anita Blasberg, Marian Blasberg, Die Zeit	>>Die verhinderten Retter vom Jugendamt<<
2008	Fernsehen	Ute Hilgefort, ARD/WDR	>>Wenn Mutti säuft<<
	Hörfunk	Reinhard Schneider, RBB/DLR/WDR	>>Der Abstieg – Ein Facharbeiter auf dem Weg nach unten<<
	Print	Marion Mück-Raab, Wolfgang Stuppert, Der Tagesspiegel	>>Der Tod als Waffe<<

Tabelle 1: Preisträger des Journalistenpreises der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege von 2008 - 2013

(Tabelle übernommen aus: Ulfkotte, Udo „Die Asyl-Industrie“ (2015), S.59/60)

Der Journalistenpreis „Deutscher Sozialpreis“ wird von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege bereits seit 1971 jährlich vergeben. Er ist mit insgesamt 15.000 Euro dotiert (5000 Euro pro Kategorie: Fernsehen, Hörfunk, Print) und ist aus dem Fachgebiet Gesellschaft und Soziales. Alle diese Beiträge, die in Fernsehen, Hörfunk oder Print erschienen sind, wurden also mit einem Journalistenpreis aus dem sozialen Bereich ausgezeichnet. Sie tragen Titel wie >>Der Tod als Waffe<<, >>Die Wegwerfmädchen<< oder >>Hungerlohn trotz Vollzeitjob<< und machen eindeutig auf Missstände in der Gesellschaft aufmerksam. Genauer gesagt: Sie machen auf Missstände aufmerksam, aber erwirken gleichzeitig eine emotionalen Erregung bei dem Zuschauer/Zuhörer/Leser. Das wollen die Medien mit solchen Berichten erreichen.

Journalistenpreise sollen die Berichtersteller also zu Emotionalität in der Berichterstattung ermuntern. „Jedenfalls habe ich keinen Preisträger finden können, der dafür ausgezeichnet wurde, dass er über von Asylbewerbern eingeschleppte Krankheiten, Kriminalität unter >>Flüchtlingen<< [,,] berichtet hätte. Oder über die horrenden Folgekosten für die deutschen Steuerzahler“ (Ulfkotte 2015, 62).

Hauptsächlich aus vier Gründen wird in den Medien über die Flüchtlingskrise berichtet:

Medien berichten, um die Öffentlichkeit zu informieren; sie wollen Mitleid erregen; Spendengelder sammeln und ehrenamtliche Helfer finden. Die Berichterstattung über die Flüchtlingskrise ist für die Flüchtlingshilfe ein sehr wichtiger Faktor geworden. Die Aktion Deutschland schreibt in ihrer Preisausschreibung folgendes: „Die Berichterstattung von Medien über Humanitäre Krisen ist ein wichtiger Faktor der Humanitären Hilfe: Fehlen differenziert oder konstruktive Informationen zu Hintergründen und Zusammenhängen in humanitären Notlagen weltweit, fehlt auch die Wahrnehmung in der breiten Öffentlichkeit für Betroffene, den nötigen Hilfsbedarf oder fehlende Spenden“ (vgl. Aktion Deutschland hilft).

6.1.2 Das Geschäft mit den Politikern

Doch nicht alles läuft ohne Manipulation, Gleichschaltung oder Finanzierung ab, wie unter anderem der Manipulationsskandal um Antonio Guterres zeigt.

Antonio Guterres war bis zum 31. Dezember 2015 UN-Flüchtlingskommissar. Wie sich jetzt herausstellte, manipulierte Guterres die Medien seit 2014 gezielt. Er startete einige Lobby-Kampagnen, mit dem Ziel das Journalisten ausschließlich pro Flüchtlinge

berichten und somit die Meinungen der Bevölkerung beeinflussen. Veröffentlicht wurde diese große Medienmanipulation durch eine Studie, die Antonio Guterres selbst gestartet hatte. Die Cardiff School of Journalism wurde damit beauftragt, die Berichterstattung zur Flüchtlingskrise in Europa in den Jahren 2014 und 2015 auszuwerten. Die Medienarbeit der UNO Flüchtlingshilfe beeinflusste verschiedene Medien (vgl. Mähler 2016).

Es gibt auch noch andere Beispiele. Viele Politiker sind Vorstände oder Mitglieder von sozialen Vereinen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren. Wenn diese Politiker Interviews geben, wollen sie damit nur ihren eigenen Gruppen helfen (vgl. Ulfkotte 2015, 68). Beispiel: Guntram Schneider, SPD Politiker und Mitglied der Arbeiterwohlfahrt. Die Arbeiterwohlfahrt ist sehr SPD nah und betreut seit Jahren Flüchtlinge. Des weiteren unterhält sie auch Flüchtlingsheime. Guntram Schneider gab im MiGAZIN ein Interview mit dem Titel >>Wir dürfen nicht unterscheiden zwischen guter und schlechter Einwanderung<<. Kritiker sprechen darüber, dass die Arbeiterwohlfahrt mit dem Geschäft an Flüchtlingen verdiene (vgl. Ulfkotte 2015, 56). „Am Ende schließt sich auch im Umfeld der Sozialindustrie der Kreis: Politiker sitzen entweder in den Vorständen dieser Sozialindustrie, sind nebenberuflich Manager im Asylgeschäft oder Schirmherren und Botschafter der Hilfsindustrie. Und mit Medienpreisen und Aufträgen geköderte Journalisten berichten, so meine Sicht, politisch korrekt und wie gleichgeschaltet [...].“ (Ulfkotte 2015, 65).

6.2 Medienwelt Migrationsindustrie - „Lügenpresse“

Viele Fachzeitschriften zum Thema Integration und Migration, u.a. die Fachzeitschriften vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, werden von Journalisten geschrieben, welche in der unteren Gehaltsklasse verdienen. Journalisten, die für solche Zeitschriften von Ämtern oder staatlichen Einrichtungen schreiben, werden aus Steuergeldern bezahlt (vgl. Ulfkotte 2015, 55). Auslands-Propaganda wird gesteuert, das Gefühl der „Lügenpresse“ kommt auf. Erstmals war dieser Begriff 1914 aufgetaucht. Vier Jahre später, im Jahre 1918, wurde der Begriff von Nationalsozialisten übernommen und sowohl antikommunistisch als auch antisemitisch aufgeladen. Seither gehört er zu den Begriffen, die von extremen Rechten benutzt werden (vgl. Vogel 2015). Zwischenzeitlich tauchte er im Rahmen von Pegida - Demonstrationen in Deutschland wieder auf. Doch inzwischen ist er nicht mehr nur ein

Begriff der Rechten, vielmehr steht er für eine gesellschaftliche Stimmung. Es kommt der Eindruck auf, man könne Medien nicht vertrauen. In einer Diskussion zwischen Journalisten und Wissenschaftlern im Tagesspiegel-Haus sagte der Journalist Wolfgang Herles, dass ein gewisser Konformismus der Mitte mitverantwortlich sei für die Skepsis gegenüber den etablierten Medien. Er sagte, es würde immer mehr das gedruckt werden, wovon ausgegangen wird, dass es dem Leser gefallen würde. Er sagt außerdem, die Medien würden Komplexität vereinfachen und vermehrt auf Emotionalität setzen (vgl. Fiedler 2015). Informationen sind ein Schritt zur Veränderung. In einigen Teilen der Gesellschaft ist von einer systematischen Gleichschaltung der Medien die Rede. Doch gibt es nicht genügend Beweise, um eine tatsächliche Gleichschaltung von Medien nachzuweisen.

6.2.1 Abgrenzung: Rechtspopulismus vs. extreme Wahrheiten

Thilo Sarrazin prognostiziert, dass auf deutsche Steuerzahler durch die vielen Flüchtlinge hohe Kosten zu kommen werden (Kopp Online, 2016). Es besteht die Gefahr, dass sich unter muslimischen Flüchtlingen Terroristen befinden. Online und im Alltag finden sich viele ähnliche Gedanken und Beobachtungen wieder – doch werden sie nicht ausgesprochen oder von Journalisten verwendet. Die Abgrenzung zwischen Rechtspopulismus und solchen unausgesprochenen Wahrheiten ist unklar, die Grenzen scheinen fließend.

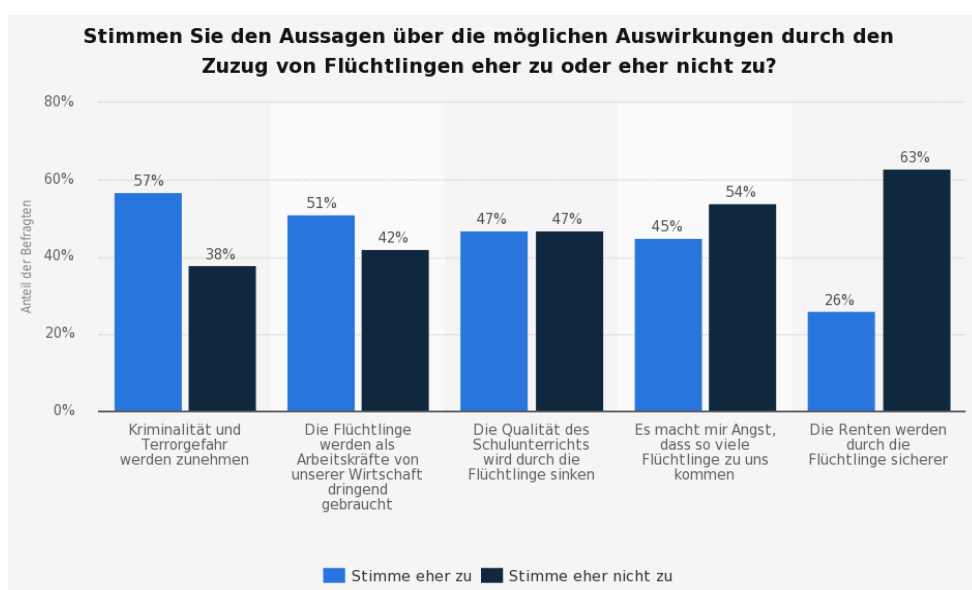


Abbildung 2: Auswirkungen durch Flüchtlinge

(Quelle: Bayerischer Rundfunk, Statista 2016)

Wie die 2016 vom Bayerischen Rundfunk und bei Statista veröffentlichte Erhebung zeigt, stimmen beispielsweise 57% der deutschen Bevölkerung, also deutlich mehr als die Hälfte, der Aussage zu, dass Kriminalität und Terrorgefahr durch die Flüchtlinge zu nehmen werden.

Rund 51% der deutschen Bevölkerung stimmt der Aussage zu, dass die Qualität im Schulunterricht durch die Flüchtlingskinder sinken werde.

In Deutschland fehlt eine klare Abgrenzung zwischen dem Begriff Rechtsextremismus und dem Begriff Rechtspopulismus. „Es gehört zu den Besonderheiten in der deutschen Diskussion, dass der Unterschied zwischen Rechtsextremismus und -populismus zu wenig beachtet wird – aus Angst, der Begriff des Rechtspopulismus könnte verharmlosend wirken“ (Leber, 2016). Würde man diese beiden Begrifflichkeiten voneinander trennen, könnten Journalisten offener über die negativen Aspekte der Flüchtlingskrise sprechen, denn sie würden so nicht als rechtsextrem kritisiert werden. Doch ist in diesem Zusammenhang eine weitere Problematik zu beachten: Das Spalten der Gesellschaft - das Auslösen von Diskussionen, von Gegnern sowohl von Befürwortern der Flüchtlingspolitik, ein Umdenken in der Gesellschaft. Es kann als einfacher erscheinen, das zu berichten, was in der Bevölkerung gesehen werden möchte.

6.3 Fazit

Der UN Menschenrechtsausschuss klagt an, die hohe Anzahl an rassistisch motivierter Angriffe gegenüber Sinti, Roma, Juden, Ausländer und Asylbewerber sei in Deutschland ein ernsthaftes Problem und es müsse mehr dagegen getan werden. Er forderte, deutsche Behörden sollten vor allem auch gegen die Diskriminierung durch Medien vorgehen (vgl. Abendblatt, epd, 2012).

Die Meinungs- und Pressefreiheit zählt auch zu den Menschenrechten. Artikel 19 der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" der Vereinten Nationen (Dezember 1948) besagt: „Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten zu vertreten sowie Informationen und Ideen mit allen Kommunikationsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten“ (Reporter ohne Grenzen).

Der Zusammenhang zwischen „Flüchtlingskrise“ und „Medien“ ist komplex. Es gibt nicht genügend Sicherheiten für die Journalisten bezüglich der Berichterstattung, da oft weder berichtet werden soll, was wichtig ist, noch berichtet werden soll, was unschön, aber wahr ist. Journalisten haben so nicht genügend Freiraum, und daher ist die Pressefreiheit, dieses elementare Recht, gefährdet.

7 Schlussbetrachtungen

7.1 Zusammenfassung

Diese Arbeit hat verschiedene Aspekte beleuchtet. Sowohl die Pressefreiheit weltweit, als auch die Pressefreiheit in Deutschland, bilden die zentralen Themen. Mit Blick auf Deutschland bezieht sich die Arbeit auf den geschichtlichen Hintergrund nach dem zweiten Weltkrieg, sowie auf die aktuelle Situation von und für Journalisten. Zusammengefasst bedeutet Pressefreiheit, dass die Medien und die in den Medien arbeitenden Journalisten frei und unabhängig über alle Themen berichten können. Trotz der Tatsache, dass in Deutschland im Grundgesetz die Pressefreiheit festgehalten ist, finden immer wieder Einschränkungen der Pressefreiheit statt. Auch Europa- und weltweit gibt es solche Einschränkungen bereits seit einigen Jahren und auch aktuell. Weltweit, mit Ausnahme von Deutschland, ist die Rechtsgrundlage für Journalisten oft nicht ausreichend geklärt. Zu der Thematik, welche Nachrichten in die Berichterstattung kommen, hat die Arbeit das Ergebnis ermittelt, dass ein Ereignis sprachlich formulierbar und auch darstellbar sein muss, damit es in den Nachrichten erscheint. Aufgrund der starken Marktpräsenz der Deutschen Presse Agentur, die Medien mit Agenturmeldungen beliefert sowie dem Zwang nach Neuigkeiten um Quote, Auflagen und Klick-Zahlen zu erreichen, erscheinen Medien nahezu gleichgeschaltet.

Darüber hinaus ergibt diese Arbeit, dass Journalisten sowohl manipulieren als auch manipuliert werden - einerseits durch die Selektion der Nachrichten, andererseits durch Ahnungslosigkeit und mangelndes Fachwissen. Manipulation durch Journalisten besteht insofern, als dass sich Journalisten von Unternehmen kaufen lassen - durch Presserabatte oder Anzeigenschaltung. Über diese Unternehmen erscheint größtenteils keine oder seltener negative Berichterstattung. In Kapitel 5 kommt die Arbeit zu dem Ergebnis, dass zwischen Terrorismus-Propaganda und den Medien insofern ein komplexes Verhältnis besteht, als dass die Berichterstattung über Terrorismus sowohl für die Terroristen, als auch für die Medien Vorteile mit sich bringt. Terroristen haben allgemein ein hohes Bewusstsein über die aktuellen Medien. Die Arbeit zeigt, dass die Wahl der Bilder und der Wörter in einer Berichterstattung eine wichtige Rolle haben, da sonst falsche Eindrücke in der Gesellschaft manifestiert werden können. Auch lassen sich in der Arbeit Zusammenhänge zwischen der Flüchtlingskrise und der Berichterstattung in den Medien zu diesem Thema deutlich erkennen. So ist der Aspekt vordergründig, dass Journalisten für emotionale Geschichten bezahlt und etwa durch Journalis-

tenpreise dafür belohnt werden, wenn ausreichend Mitgefühl in der Bevölkerung ausgelöst wurde. Somit ist nicht nur der Zusammenhang zwischen Medien und der Flüchtlingskrise, beziehungsweise dem Terrorismus komplex, sondern auch die aktuelle Situation bezüglich der Pressefreiheit in Deutschland. Die Arbeit gestaltet sich durch die Verwendung und Analyse verschiedener Literatur sehr vielseitig. Besonders interessant erscheint hierbei die Kommunikationsstrategie der Terroristen und deren Nutzen der medialen Berichterstattung.

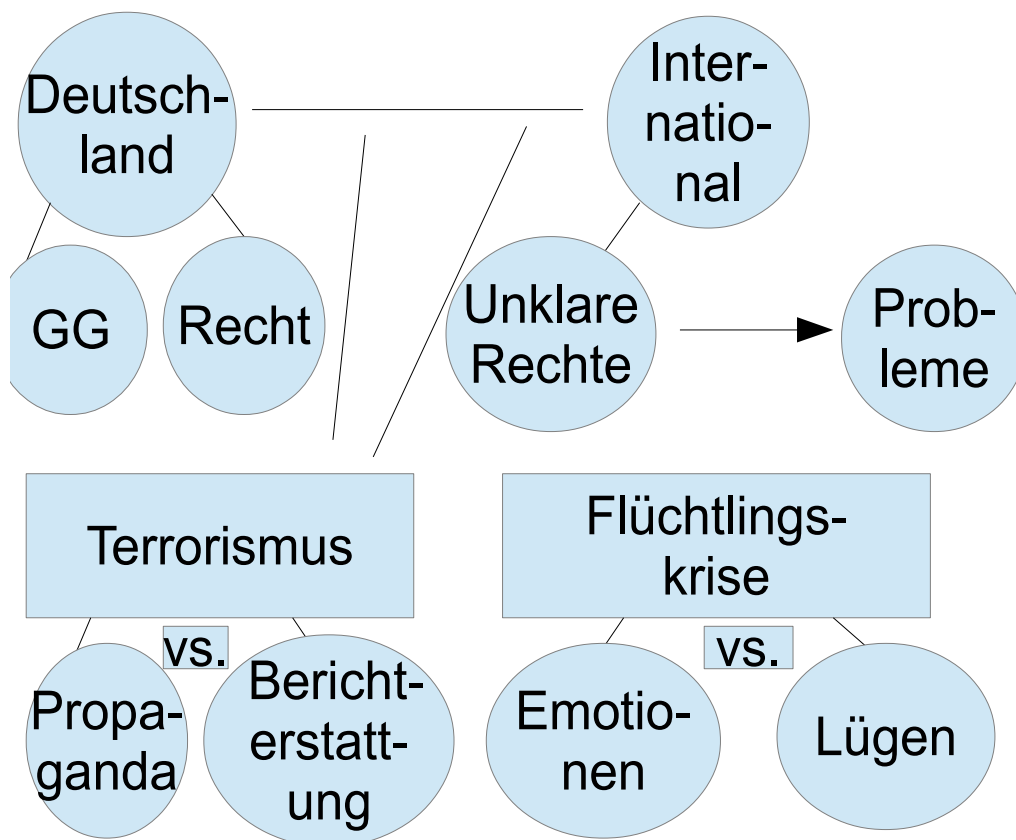


Abbildung 3: Visualisierung der Zusammenfassung

7.2 Beantwortung der Fragestellung

Die Fragestellung, welche in dem folgenden Kapitel beantwortet wird, lautet: „Krise-Politik-Druck auf Medien: Wie frei können die Medien derzeit noch berichten?“

Um diese Frage zu beantworten, muss sowohl ein Blick auf die aktuelle Situation, insbesondere die Rechtsgrundlage für Journalisten in Deutschland geworfen werden, als auch auf die journalistische Arbeit im Zusammenhang mit Terrorismus und der aktuellen Flüchtlingskrise.

Die Rechtsgrundlage für Journalisten in Deutschland ist geklärt, indem im Grundgesetz die Pressefreiheit gewährleistet wird. Doch trotz der Tatsache, dass die Freiheit der Presse im Grundgesetz festgehalten worden ist, finden immer wieder Einschränkungen und auch tätliche Angriffe gegenüber Journalisten in Deutschland statt, so wie zum Beispiel im Fall von Britta Hilpert (siehe Kapitel 4.3.3). Durch die Berichterstattung über Terrorismus gelangen Medien und die in den Medien agierenden Journalisten in eine komplexe Situation zwischen Propaganda für die terroristischen Gruppierungen und notwendiger Berichterstattung, um die Bevölkerung zu informieren. Hinsichtlich der aktuellen Flüchtlingskrise besteht die Gefahr, bei negativer Berichterstattung die Bevölkerung zu „hetzen“ oder selbst in die rechte Ecke geschoben zu werden. Doch ist das nicht-erwähnen von negativen Aspekten eine Unehrllichkeit gegenüber den Zuschauern/Zuhörern oder Lesern. Sehr interessant ist auch der Aspekt, wie frei Journalisten überhaupt berichten möchten und nicht nur, wie frei sie berichten können. Dieser Aspekt sollte nicht außer Acht gelassen werden. Denn es besteht die Tatsache der sogenannten „Presserabatte“, welche von Journalisten gerne in Anspruch genommen werden. Nimmt ein Journalist solch einen Rabatt in Anspruch, wird er mit hoher Sicherheit in nächster Zeit keinen negativen Bericht über das Unternehmen liefern, selbst wenn es etwas negatives zu berichten gäbe, da er diesen Bonus nicht verlieren möchte.

An sich können Journalisten in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern, wie beispielsweise der Türkei oder Ägypten, recht frei agieren und auch berichten. Eingeschränkt werden Journalisten größtenteils nur durch rechte Gruppen, einige Politiker oder durch sich selbst.

7.3 Ausblick

Die größte Problematik bezüglich der Medien in Deutschland besteht darin, dass die Bevölkerung es zulässt, von Journalisten manipuliert zu werden. Dieses Thema ist parallel zur Bedrohung der Pressefreiheit in Deutschland ein wichtiges und vor allem für die Zukunft zu beachtendes Thema. Denn die Konsequenzen sind weitreichend. Durch die fehlerhafte und/oder mangelhafte Berichterstattung in den deutschen Medien wird die Bevölkerung beeinflusst. Einmal gesehen, gehört oder gelesen, verfestigen sich diese Gedanken aus der Berichterstattung in der Bevölkerung. Sollten diese Informationen jedoch mangelhaft oder sogar falsch gewesen sein, besteht das Problem darin, die Gedanken der Menschen wieder umzulenken. Der Appell an die Medien wäre demzufolge, die Berichterstattung korrekt in die Bevölkerung zu bringen, keine Wahrheiten wegzulassen und keine Lügen zu erzählen. Aus der vorliegenden Arbeit ergibt sich vor allem eine interessante Fragestellung, auf welche in der Zukunft eingegangen werden sollte und diese lautet: „Was wird aus den Medien, wenn die ältere Generation durch die jüngere Generation ersetzt wird?“. Denn momentan besteht ein komplexes Konstrukt der Medien und es ist fraglich, ob sich dieses Konstrukt auch in Zukunft halten wird.

Literaturverzeichnis

Quellen- und Bildverzeichnis

ABBILDUNG 1: Statistik: Einstellung gegenüber Flüchtlingen, Bayerischer Rundfunk @Statista 2015

ABBILDUNG 2: Auswirkungen durch Flüchtlinge, Bayerischer Rundfunk @Statista 2016

ABBILDUNG 3: Visualisierung der Zusammenfassung, eigene Produktion

AKTION DEUTSCHLAND HILFT, „Ausschreibung und Hintergrund“ (2015). URL: <https://www.aktion-deutschland-hilft.de/de/mediathek/journalistenwettbewerb/inhalt-ablauf/> (aufgerufen am 08.06.2016)

ANONYM, „Das symbiotische Verhältnis zwischen Massenmedien und Terrorismus“. Marburg 2010.

ARLT, Hans-Jürgen, „Wirtschaftsjournalismus in der Krise“. Frankfurt am Main 2010.

BASPINAR, Deniz, „Bilder machen Muslime“ (2011). URL: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2011-07/bilder-muslime-medien> (aufgerufen am 08.06.2016)

BBC Online, „Vietnam bloggers: Nguyen Huu Vinh and Minh Thuy jailed“ (2016). URL: <http://www.bbc.com/news/world-asia-35876228> (aufgerufen am 08.06.2016)

BILD ONLINE „SPD nimmt Innenminister Beuth in die Mangel“ (2016). URL: <http://www.bild.de/regional/frankfurt/max-schneider/spd-nimmt-innenminister-beuth-in-die-mangel-45451422.bild.html> (aufgerufen am 08.06.2016)

BÖHM, Andrea „Unerwünscht und weggeschlossen“ (2014). URL: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-07/aegypten-pressefreiheit-journalisten> (aufgerufen am 08.06.2016)

DIE WELT, „Charlie Hebdo – Informationen und Hintergründe (o.J.). URL: (<http://www.welt.de/themen/charlie-hebdo/>) (aufgerufen am 08.06.2016)

DIE WELT „Kampagnenjournalismus? Ja!“ (2013). URL: http://www.welt.de/print/welt_kompakt/debatte/article113873186/Kampagnenjournalismus-Ja.html (aufgerufen am 08.06.2016)

DJV, „DJV Profil“ (o.J.). URL: <https://www.djv.de/startseite/profil/der-djv/djv-profil.html>

(aufgerufen am 08.06.2016)

DOK, „ARD- Chefredakteur kündigt vor laufender Kamera: „Ich kann diese Lügen nicht mehr ertragen“ (2016). URL: <https://propagandaschau.wordpress.com/2016/04/01/ard-chefredakteur-kai-gniffke-kuendigt-vor-laufender-kamera-ich-kann-diese-luegen-nicht-mehr-ertragen/> (aufgerufen am 08.06.2016)

ELTER, Andreas „Die Definition von Terrorismus“ (2007). URL: <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/geschichte-der-raf/49218/definition-von-terrorismus?p=all> (aufgerufen am 08.06.2016)

FIEDLER, Maria, „Warum verlieren Medien an Glaubwürdigkeit?“ (2015). URL: <http://www.tagesspiegel.de/medien/luegenpresse-warum-verlieren-medien-an-glaubwuerdigkeit/12691124.html> (aufgerufen am 08.06.2016)

FLÜCHTLINGSKRISE INFO, „Flüchtlinge in Deutschland“ (o.J.). URL: <http://www.fluechtlingskrise.info/fluechtlinge/index.php> (aufgerufen am 08.06.2016)

FOCUS ONLINE, „Tagesschau“-Chef: Niemand sagt uns, wie wir über Themen zu berichten haben (2016). URL: http://www.focus.de/kultur/medien/tagesschau-chefredakteur-kai-gniffke-ueber-ard-berichterstattung-wir-duerfen-jetzt-nicht-hyperventilieren_id_5253162.html (aufgerufen am 08.06.2016)

FRICKE, Ernst, „Recht für Journalisten“. Konstanz 2010.

FR ONLINE, „Ermittlungen gegen „Bild“- Redakteur (2016). URL: <http://www.fr-online.de/frankfurt/staatsanwaltschaft-frankfurt-ermittlungen-gegen—bild--redakteur,1472798,34086314.html> (aufgerufen am 08.06.2016)

GEGENFURTNER, Karl R., „Visuelle Informationsbearbeitung im Gehirn“ (o.J.). URL: <http://www.allpsych.uni-giessen.de/karl/teach/aka.htm> (aufgerufen am 08.06.2016)

GLAAB, Sonja, „Medien und Terrorismus: auf den Spuren einer symbiotischen Beziehung“. Berlin 2007.

GNIFFKE, Kai „Horst Seehofers Kritik“ (2016). URL: <http://blog.tagesschau.de/2016/02/26/horst-seehofers-kritik/#more-13842> (aufgerufen am 08.06.2016)

HAUPT, Heiko, „Wenn Medien lügen“. München 2016.

HAMBURGER ABENDBLATT, „UN: Deutschland verletzt Menschenrechte“ (2012). URL: <http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article110519918/UN-Deutschland->

verletzt-Menschenrechte.html (aufgerufen am 08.06.2016)

HELMERICH, Antje, „Terrorismus – eine Definition“ (2002). URL: <http://e-politik.de/artikel/2002/terrorismus-eine-definition/> (aufgerufen am 08.06.2016)

KAERNTEN ORF, „Polizei: Gerüchte über Asylbewerber unwahr“ (2015). URL: <http://kaernten.orf.at/news/stories/2734622/> (aufgerufen am 08.06.2016)

KAIP, Konstantin „Von Schäden keine Spur“ (2016). URL: <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/wolfratshausen/gutachter-von-schaeden-keine-spur-1.2921003> (aufgerufen am 08.06.2016)

KLONK, Charlotte „Macht der Attentate – Bilder als Medienereignis“ (2013). URL: <http://www.bpb.de/apuz/171117/macht-der-bilder-attentate-als-medienereignis?p=all> (aufgerufen am 08.06.2016)

KOPP ONLINE, „Thilo Sarrazin: Flüchtlinge werden den Steuerzahler 1,5 Billionen Euro kosten“ (2016). URL: <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/deutschland/stefan-schubert/thilo-sarrazin-fluechtlinge-werden-den-steuerzahler-1-5-billionen-euro-kosten.html> (aufgerufen am 13.06.2016)

KURP, Matthias „Neue Pläne für Pressefusionsgesetz“ (2004). URL: http://www.-medienmaerkte.de/artikel/print/040105_pressefusion.html (aufgerufen am 08.06.2016)

LEBER, Fabian, „Wir gehen mit der AfD falsch um“ (2016). URL: <http://www.tagesspiegel.de/politik/rechtspopulismus-mehr-trennschaerfe-zwischen-rechtspopulismus-und-rechtsextremismus/13058510-2.html> (aufgerufen am 08.06.2016)

LINDER, Bernadette, „Terror in der Medienberichterstattung“. Innsbruck 2010.

LUDEWIG, Michael „dpa entschuldigt sich für Fehler in Berichterstattung“ (2013). URL: <http://www.dpa.de/Pressemitteilungen-Detailansic.107+M593b17ef84b.0.html> (aufgerufen am 08.06.2016)

MERKERS, Heinz, „Terrorberichterstattung oder: Das Spiel mit forcierten Emotionen“ 2009 o.O.

MEEDIA, „ZDF zeigt Video-Rohmaterial des Übergriffs auf eine Reporterin bei AfD-Demo“ (2015). URL: <http://meedia.de/2015/11/27/zdf-zeigt-video-rohmaterial-des-uebergriffs-auf-eine-reporterin-bei-afd-demo/> (aufgerufen am 10.06.2016)

MEYER, Thomas „Die Medien infantilisieren“ (2004). URL: <http://www.cicero.de/die-medien-infantilisieren/38067> (aufgerufen am 08.06.2016)

MIKOLAJCZYK, Peter „Bürgermeister dementiert Gerüchte“ (2016). URL: <http://www.ruesselsheimer-echo.de/lokales/ruesselsheim/Buergermeister-dementiert-Geruechte;art57641,1835677> (aufgerufen am 08.06.2016)

MÄHLER, Markus „Entlarvt: UNO-Flüchtlingskommissar manipuliert deutsche Medien“ (2016). URL: <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/deutschland/markus-maehler/entlarvt-uno-fluechtlingskommissar-manipuliert-deutsche-medien.html> (aufgerufen am 08.06.2016)

NETZPOLITIK.ORG, „Über uns“ (o.J.). URL: <https://netzpolitik.org/about-this-blog/> (aufgerufen am 08.06.2016)

PFREUNDSCHUH, Wolfram, „Presse“ (o.J.). URL: http://kulturkritik.net/begriffe/begr_txt.php?lex=presse (aufgerufen am 08.06.2016)

POLIZEIPRÄSIDIUM MITTELHESSEN, „POL-GI: Pressemeldung vom 24.02.2016: Hungen: Wie eine Falschmeldung die Runde macht!“ (2016). URL: <http://www.presseportal.de/blaulicht/pm/43559/3260148> (aufgerufen am 08.06.2016)

PORTMANN, Kai, „Helfer räumen Fehler ein und fühlen sich verraten“ (2016). URL: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/erfundener-tod-eines-fluechtlings-vom-lageso-helfer-raeumen-fehler-ein-und-fuehlen-sich-verraten/12889334.html> (aufgerufen am 08.06.2016)

PROTHMANN, Hardy „Was an den Gerüchten über Asylsuchende dran ist“ (2015). URL: <http://www.rheinneckarblog.de/04/was-an-den-geruechten-ueber-asylsuchende-dran-ist/74735.html> (aufgerufen am 08.06.2016)

PÜRER, Heinz, „Presse in Deutschland“. Konstanz 2007.

REPORTER OHNE GRENZEN, „Journalisten weltweit unter zunehmendem Druck“ (2016). URL: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/presse/pressemitteilungen/meldung/journalisten-weltweit-unter-zunehmendem-druck/> (aufgerufen am 08.06.2016)

REPORTER OHNE GRENZEN, „Pressefreiheit – warum?“ (o.J.). URL: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/themen/pressefreiheit-warum/> (aufgerufen am 08.06.2016)

REPORTER OHNE GRENZEN, „Ägypten“ (o.J.). URL: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/ägypten/> (aufgerufen am 08.06.2016)

REPORTER OHNE GRENZEN, „Australien“ (o.J.). URL: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/australien/> (aufgerufen am 08.06.2016)

REPORTER OHNE GRENZEN, „Vietnam“ (o.J.). URL: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/vietnam/> (aufgerufen am 08.06.2016)

REPORTER OHNE GRENZEN, „Türkei“ (o.J.). URL: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/tuerkei/> (aufgerufen am 08.06.2016)

REPORTER OHNE GRENZEN, „Rangliste der Pressefreiheit 2016“ (o.J.). URL: https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Presse/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2016/Rangliste_der_Pressefreiheit_2016.pdf (aufgerufen am 08.06.2016)

REPORTER OHNE GRENZEN, „Frankreich“ (o.J.). URL: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/frankreich/> (aufgerufen am 08.06.2016)

REPORTER OHNE GRENZEN, „Polen“ (o.J.). URL: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/polen/> (aufgerufen am 08.06.2016)

SARRAZIN, Thilo, „Der neue Tugend-Terror“. München 2014.

SEUFERT, Michael „Henri Nannen und der GAU“ (2013). URL: <http://www.stern.de/panorama/stern-crime/30-jahre-hitler-tagebuecher-henri-nannen-und-der-gau-3210340.html> (aufgerufen am 08.06.2016)

SPIEGEL ONLINE, „Verfahren gegen Satiriker: Staatsanwaltschaft will Jan Böhmermann anhören“ (2016). URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/jan-boehmermann-staatsanwaltschaft-mainz-plant-anhoerung-a-1089318.html> (aufgerufen am 08.06.2016)

SPIEGEL ONLINE, „Freigelassener „Washington-Post“ Reporter Rezaian: 544 Tage im iranischen Knast“ (2016). URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/iran-jason-rezaian-erzaehlt-ueber-seine-haft-a-1072697.html> (aufgerufen am 08.06.2016)

STIELOW, Christian, Berichterstattung über Menschen mit Migrationshintergrund in den deutschsprachigen Medien. 2013 o.O.

TAGESSCHAU ONLINE, „Wer, was, wann?“ (2015). URL: <https://www.tagesschau.de/inland/netzpolitik-landesverrat-chronologie-101.html> (aufgerufen am 08.06.2016)

TAUCHNITZ, Sebastian „Fünf Flüchtlingsgerüchte in Erfurt: Was ist dran?“ (2015). URL: <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/leben/detail/-/specific/F-252-n-f-FI-252-htlingsger-252-chte-in-Erfurt-58-Was-ist-dran-63-1896954428> (aufgerufen am 08.06.2016)

THODEN ,Ronald, „ARD&CO“. Frankfurt am Main 2015.

ULFKOTTE, Udo, „Gekaufte Journalisten“. Rottenburg 2014.

VOGEL, Sonja, „Lügenpresse“ (2015). URL: <http://www.taz.de/!5023884/> (aufgerufen am 08.06.2016)

VOßKUHLE, Andreas „Kritischer Journalismus als Verfassungsauftrag“ (2013). URL: <http://www.medienpolitik.net/2013/11/medienkritischer-journalismus-als-verfassungsauftrag/> (aufgerufen am 08.06.2016)

WESTFALEN BLATT, „Gerüchte-Check zum Thema Flüchtlinge“ (2015). URL: <http://www.westfalen-blatt.de/Ueberregional/Artikel/2163551-Das-WESTFALEN-BLATT-prueft-die-Fakten-und-berichtet-Geruechte-Check-zum-Thema-Fluechtlinge> (aufgerufen am 08.06.2016)

WISE, Michael, „Anti-Terror-Gesetze schränken Pressefreiheit ein“ (2012). URL: <http://de.ejo-online.eu/pressefreiheit/6599> (aufgerufen am 08.06.2016)

WITTRÖCK, Philipp, „Fall Böhmermann: Merkels einsame Entscheidung“ (2016). URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/jan-boehmermann-angela-merkels-einsame-entscheidung-a-1087543.html> (aufgerufen am 08.06.2016)

ZEIT ONLINE, „Zehntausende demonstrieren gegen neues Mediengesetz“ (2016). URL: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-01/polen-demonstration-pis-regierung> (aufgerufen am 08.06.2016)

ZEIT ONLINE, „Mehrjährige Haftstrafen für „Cumhuriyet“-Journalisten (2016). URL: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-05/tuerkei-mehrjaehrige-haftstrafe-fuer-can-du-endar> (aufgerufen am 08.06.2016)

ZEIT ONLINE „Julian Assange will sich stellen“ (2016). URL: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-02/julian-assange-wikileaks-festnahme-london> (aufgerufen am 08.06.2016)

ZEIT ONLINE, „Analyse: Neuer Grad der Grausamkeit“ (2015). URL: <http://www.zeit.de/news/2015-01/02/schiffahrt-neuer-grad-der-grausamkeit-fuehrerlose-fluechtlingsschiffe-02151815> (aufgerufen am 13.06.2016)

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht. Diese Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Frankfurt, den 13.Juni 2016

Manisha Thakur